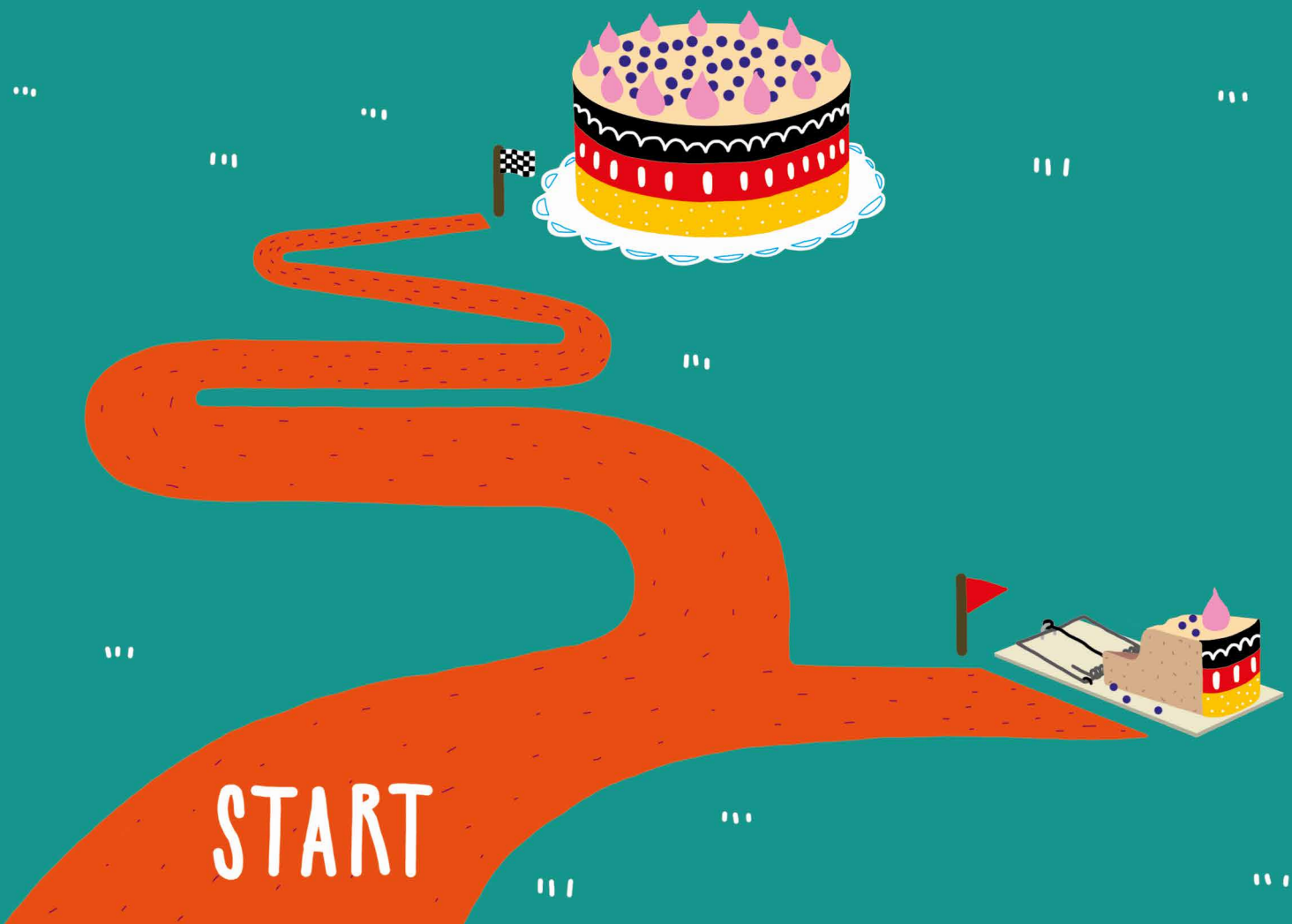


# *trendletter*

Langfristig denken – mehr erreichen

## Vorsicht, Legislaturfalle!



# AUF EIN WORT ZUR ZUKUNFT!

Sie suchen Redner zu einem speziellen Thema?



Ob Kaminesgespräch, Workshop oder Großveranstaltung, Keynote Speech oder Fachvortrag – Prognos bietet Themen und Persönlichkeiten, die Zukunft erklären. **Verständlich, inspirierend, mitreißend.**

Buchen Sie jetzt einen unserer Redner unter:  
[www.prognos.com/redner](http://www.prognos.com/redner)

**prognos** 

# Für augenblicklichen Gewinn ...



... verkaufe ich die Zukunft nicht. Dieses Motto stammt von einem der erfolgreichsten Start-up-Pioniere Deutschlands, Werner von Siemens. Das Prinzip, nachhaltiges Wirtschaften über den kurzfristigen Erfolg zu stellen, ist auch heute noch im Gencode mitteleuropäischer Unternehmen verankert. Mit Weitblick zu handeln ist eine ausgeprägte Stärke der hiesigen Wirtschaft.

Diese Eigenschaft sollte sich auch die Politik stärker zu eigen machen. Gerade jetzt, nach der Bundestagswahl, besteht die Chance auf eine Politik, die langfristig denkt und wirkt. Denn mit Wahlgewinnen im Hier und Heute können wir die großen Herausforderungen von morgen nicht bestehen. Die Zukunftsthemen wie demografischer Wandel, Digitalisierung, Klimawandel und Globalisierung erfordern Pläne und Antworten, die deutlich über die kommende Legislatur hinausgehen. Das Wahlergebnis verdeutlicht zudem die Bedeutung fairer Lebensverhältnisse. Auch das ist eine strategische Aufgabe, denn der soziale Zusammenhalt ist die Basis unseres erfolgreichen Geschäftsmodells – der sozialen Marktwirtschaft.

All dies zu unterschätzen, würde sich auf unsere Kinder und Enkel fatal auswirken: Ihre natürlichen Lebensgrundlagen, ihr wirtschaftliches Erfolgsmodell und ihre soziale Sicherung stehen auf dem Spiel.

Was bedeutet das konkret? Zwei elementare Prinzipien sind zu beachten. Erstens müssen die langfristigen Auswirkungen heutigen Handelns mehr Gewicht bekommen, wann immer politische Ziele und Maßnahmen formuliert werden. Anders ausgedrückt: Das neue

Regierungsprogramm muss enkelgerecht sein. Das ist kein Zauberwerk, man muss nur auf die Jüngeren hören und sich ein ehrliches Bild von zukünftigen Entwicklungen machen. Dafür gibt es übrigens bewährte und innovative Instrumente (Fragen Sie uns danach!). Zweitens gilt noch immer, frei nach Michail Gorbatschow: Das Leben bestraft jene, die zu spät dran sind. Dabei darf langfristige und strategische Orientierung nicht mit Langsamkeit verwechselt werden. Sankt Nimmerlein ist immer ein schlechtes Datum, um Zukunftsthemen anzugehen, heute ein gutes.

In unserem trendletter zum neuen Bundestag greifen wir daher die wichtigen Zukunftsthemen auf. Wir zeigen, wo Handlungsbedarf besteht und wie man ihn strategisch und intelligent angehen kann. Denn Zukunft ist, was wir daraus machen. Das sollte die Messlatte für die jetzt beginnende Legislatur sein. Ich wünsche Ihnen nun eine spannende Lektüre und freue mich, von Ihnen zu hören.

Herzlich, Ihr

Christian Böllhoff  
christian.boellhoff@prognos.com

# Inhalt

- 05 *Leitartikel*  
**Heute schon an morgen denken**
- 08 *Fachbeitrag*  
**Brennpunkt Wohnen:  
die To-do-Liste für die Bundesregierung**
- 10 *Statements*  
**Mein Rat an Deutschland**
- 11 *Interview*  
**„Der Verkehr bremst den Klimaschutz“**
- 14 *Investitionen*  
**Acht Ideen gegen Investitionsschwäche**
- 16 *Kurz gefasst*  
**Eine gute Idee...**
- 18 *Kurzinterview*  
**Zehn Fragen an... Hildegard Müller**
- 19 *Fachbeitrag*  
**Endlich digital: Mittelstand fit machen!**
- 20 *Fachbeitrag*  
**Starkes Europa – starkes Deutschland**
- 21 *Blick ins Archiv*  
**Kinderbetreuung: gut, besser, noch besser**
- 22 *Fachbeitrag*  
**Deutschland braucht eine Taskforce für Verkehr**
- 24 *Standpunkt*  
**Bürgerbeteiligung muss verbindlich sein**
- 25 *Über uns*  
**Blick in unsere Projekte**
- 27 *Über uns*  
**Rückblick in Bildern**





# Heute schon an morgen denken

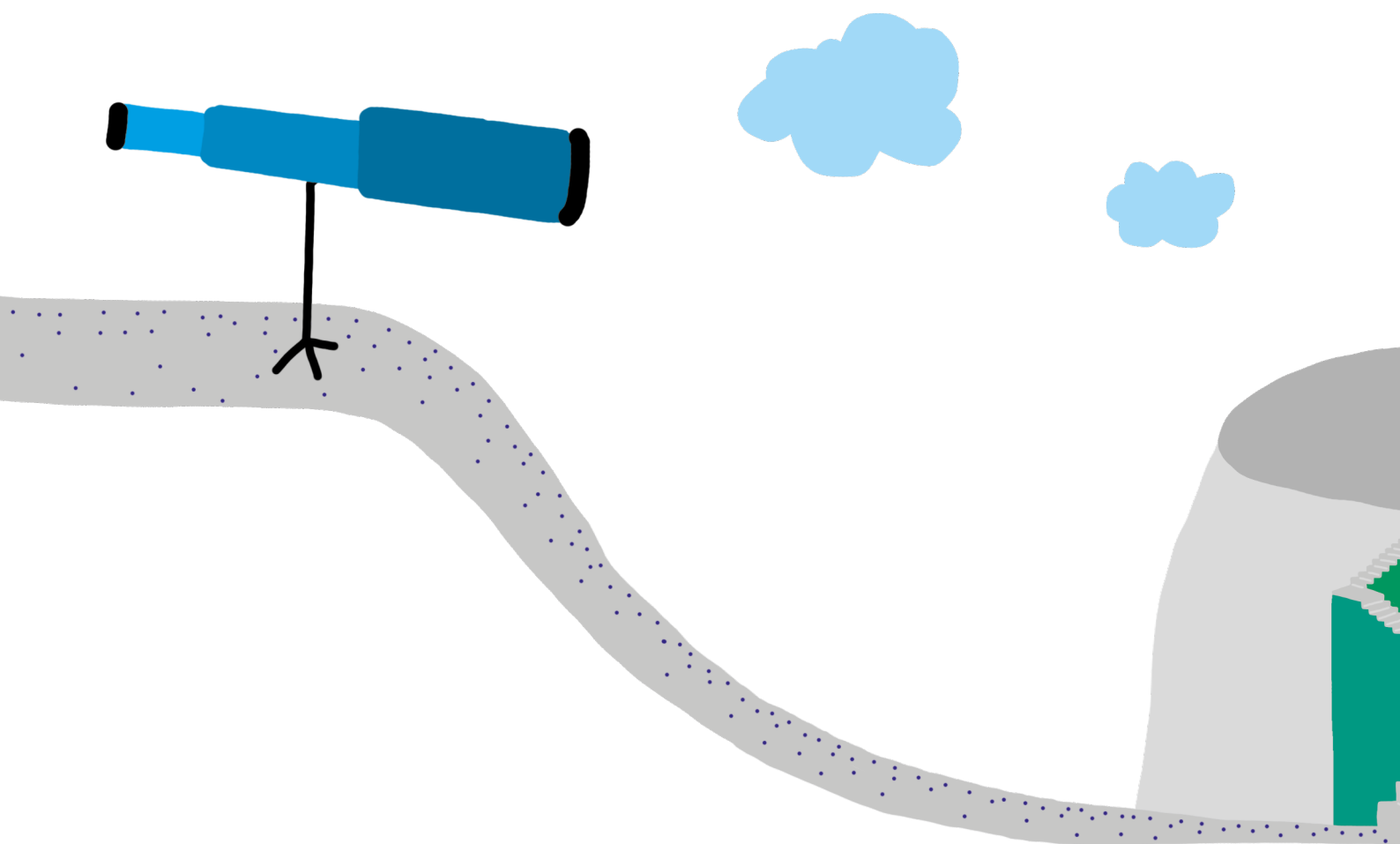
Die großen Aufgaben unserer Zeit erfordern eine vorausschauende Politik. Diese muss sich an langfristigen Entwicklungen orientieren. Wer politische Entscheidungen an Wahlterminen ausrichtet, endet schnell in der Sackgasse. Das and Don'ts am Beispiel Rente.

” Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“  
(Otto von Bismarck)

Der alte Bismarck-Satz bringt es auf den Punkt. Wahlkampfzeiten sind besondere Zeiten. Sie verleiten die Politik häufig zu großspurigen Ankündigungen und vollmundigen sowie meist teuren Versprechen. Politökonomisch ist das nachvollziehbar. Die eigene Wiederwahl oder das Wohl der Partei im Blick kommen Vorschläge auf den Tisch, die kurzfristig opportun erscheinen und auf die Gunst der Wähler hoffen lassen. Langfristig führen viele Ideen aber in die falsche Richtung. Ein Paradebeispiel für diesen Sachverhalt liefert die aktuelle Rentendiskussion.

## Umlagesystem Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung ist derzeit sehr solide finanziert. Die demografischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten sind günstig, ein Beschäftigungsrekord jagt den nächsten. Im Umlagesystem der Rentenversicherung lässt das die Einnahmen sprudeln und ermöglicht stabile Rentenzahlungen. Die Politik, vor allem aber die Rentenversicherten und Wähler sollten sich von der aktuell guten Lage jedoch nicht blenden lassen. Denn die Alterung der Bevölkerung wird in den kommenden Jahren zur Herausforderung. Ein Umlagesystem funktioniert nämlich nur so lange reibungslos, wie das Verhältnis von Beitragszahlern zu Empfängern günstig ist. Genau das wird künftig nicht mehr der Fall sein.



Während heute noch etwa drei Erwerbstätige eine Rente bezahlen, werden es in 30 Jahren rechnerisch nur noch 1,8 Erwerbstätige sein. Anders ausgedrückt: Die Renten der dann alten Ruheständler müssen von immer weniger dann jungen Erwerbstätigen geschultert werden. Verursacher dieser Entwicklung sind die sogenannten Babyboomer, also die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre. Sie haben selbst nicht so viele Kinder bekommen wie ihre Eltern. Die Wahrscheinlichkeit, heute auf deutschen Straßen einen 53-Jährigen zu treffen, ist daher doppelt so hoch wie die, einen 10-Jährigen zu treffen. In 15 Jahren sind aber die vielen heute 53-Jährigen in Rente und die wenigen heute 10-Jährigen Beitragszahler.

#### Finger weg von der Rente

Was ist also zu tun? Nichts. Oder sagen wir besser: Ruhe bewahren. Denn die Arbeit ist längst getan. Der Gesetzgeber hat in der Vergangenheit mit wirksamen Reformen reagiert, um das Rentensystem auch im demografischen Wandel, also bei einer Alterung der Bevölkerung und den beschriebenen Veränderungen in der

Altersstruktur, finanzierbar zu halten. Das Ziel der Reformen (Riester, Nachhaltigkeitsfaktor und Rente mit 67) war, durch Anpassungen in der Berechnung der Renten die absehbaren Finanzierungslasten der alternden Bevölkerung auf möglichst viele Schultern zu verteilen und dabei vor allem die Babyboomer einzubeziehen. Vereinfacht gesagt hat die Politik an drei Stellschrauben gedreht: (1) Die Beitragszahler leisten höhere Beiträge, (2) die Rentempfänger bekommen geringere Leistungen und (3) alle arbeiten etwas länger. Dadurch ist ein Finanzierungskompromiss zwischen den Generationen ausgehandelt worden, der langfristig tragfähig ist.

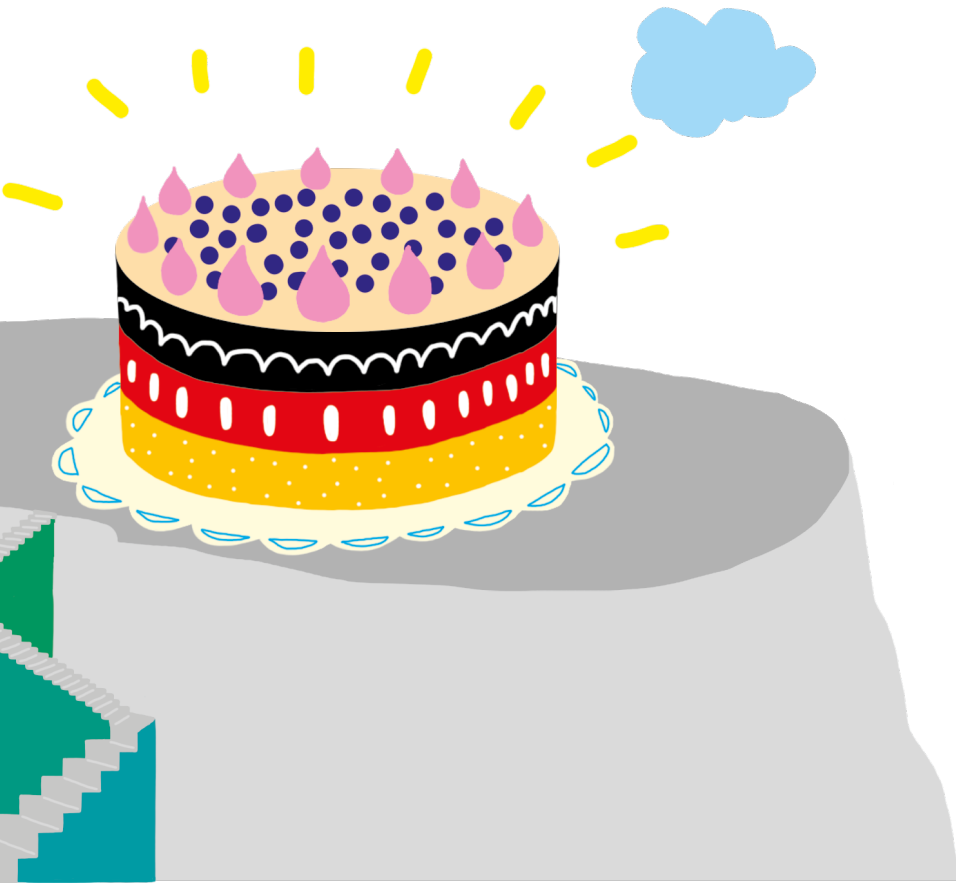
#### Eine Frage des Niveaus?

Zwischenzeitlich ist die Wirkung der genannten Reformen ins Bewusstsein der Menschen gerückt. Wer in die Zukunft schaut, stellt fest, dass das Rentenniveau von derzeit 48 Prozent in 30 Jahren auf gut 41 Prozent absinken wird. Gleichzeitig steigt der Rentenbeitrag von 18,7 auf etwa 24 Prozent. Beides sind logische Konsequenzen der Reformen. Und ja, sie bedeuten herbe, erfahrbare Einschnitte. Zu Wahlterminen sind sie gleichsam un-

bequeme Wahrheiten. Für die Beitragszahler, für die Rentner und für die Politiker, die die Reformen verantworten.

Aber was folgt daraus? Ebenso logisch wie das Absinken des Rentenniveaus wäre es, wenn die Politik ihre Reformen verteidigen würde. Wenn die Gewählten für ihre Überzeugungen werben würden. Wenn sie die langfristigen Wirkungen der Maßnahmen erklären würden. Und deren Notwendigkeit. Doch davon keine Spur. Dabei sind die Argumente bekannt. Die Stichworte lauten: Demografie, Umlageverfahren, Babyboomer, Rentenniveau. Doch statt für Erklärungen wird gerade das letztgenannte Stichwort immer wieder für Forderungen genutzt, die Rückschritte bedeuten. So war es bei der Bundestagswahl 2013 (Rente mit 63 und Mütterrente), so ist es 2017 (doppelte Haltelinie und Mütterrente II).

Denn das Rentenniveau wird oft instrumentalisiert und falsch interpretiert. Fehler 1: Ein Absinken wird gleichgesetzt mit sinkenden Renten. Dabei sinken die Renten nicht ab, sie steigen nur weniger stark als die Einkommen. Ein



Absinken ist per Gesetz ausgeschlossen. Fehler 2: Das Rentenniveau ist ein relatives Maß. Wer viel Rente bekommt, profitiert stärker von einem höheren Niveau. So gewinnen jene überproportional, die gar nicht darauf angewiesen sind. Das führt zu Fehler 3: Das Rentenniveau wird für eine Debatte über Altersarmut ins Feld geführt. Dabei nutzt den potenziell Armutsgefährdeten ein höheres Rentenniveau gar nichts. Denn deren kleine Rente wird ohnehin mit der Grundsicherung verrechnet, ob sie bei 48 oder 41 Prozent liegt.

Die Rente mit 63 oder auch die (zwischenzeitlich ohnehin „abgewählte“) Haltelinie sind daher Mogelpackungen oder bestenfalls Klientelpolitik. Sie helfen Menschen, die keine Hilfe benötigen. Sie bevorteilen die Babyboomer zulasten der Jüngeren. Sie stärken Besserverdiener und vernachlässigen jene, die Unterstützung nötig hätten. Und sie wirken pauschal (und damit teuer), statt gezielt zu fördern.

#### Wider besseres Wissen

Trotzdem steht zu befürchten, dass die von früheren Regierungen umgesetzten

Rentenreformen schrittweise aufgekündigt und durch vermeintlich populäre Maßnahmen ersetzt werden. Ein fataler Fehler! Denn genau diese Reformen waren ein Musterbeispiel zukunftsorientierter Politik. Mit Weitblick und langem Vorlauf wurde die Rente demografiefest gemacht. Das war mutig, zielführend und nachhaltig.

#### Kurzfristig handeln, langfristig planen

Aber es sind nicht nur die Ideen zur Rentenpolitik, die die Schwächen allzu kurzsichtigen Denkens offenbaren. Die Steuerpolitiker der großen Parteien versprechen Entlastungen für die Bürger, obwohl der demografische Wandel in den nächsten Jahrzehnten kaum Spielräume lässt. Strukturelle Reformkonzepte, die in einer alternden Gesellschaft Einnahmen sichern und den potenziellen Entwicklungen in der Arbeitswelt Rechnung tragen? Fehlanzeige. Der Bundesfinanzminister schwört jahrelang auf die schwarze Null. Volkswirtschaftlich notwendige und langfristig wohlstandssichernde Investitionen, etwa in Bildung und Infrastruktur, werden dem kurzfristigen Haushaltsausgleich untergeordnet.

Angela Merkel öffnet in einem humanitären Akt per Handstreich die Grenzen, bleibt aber langfristige Strategien in der Zuwanderungspolitik schuldig. Und während überall von den Auswirkungen des Klimawandels und der Digitalisierung die Rede ist, klammert sich der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur planlos an etablierte Alttechnologien. Die Elektromobilität bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück, der Breitbandausbau stockt, die Klimaziele sind kaum noch zu erreichen. Vorausschauende, zukunftsorientierte Politik sieht anders aus.

#### Was wir wirklich brauchen

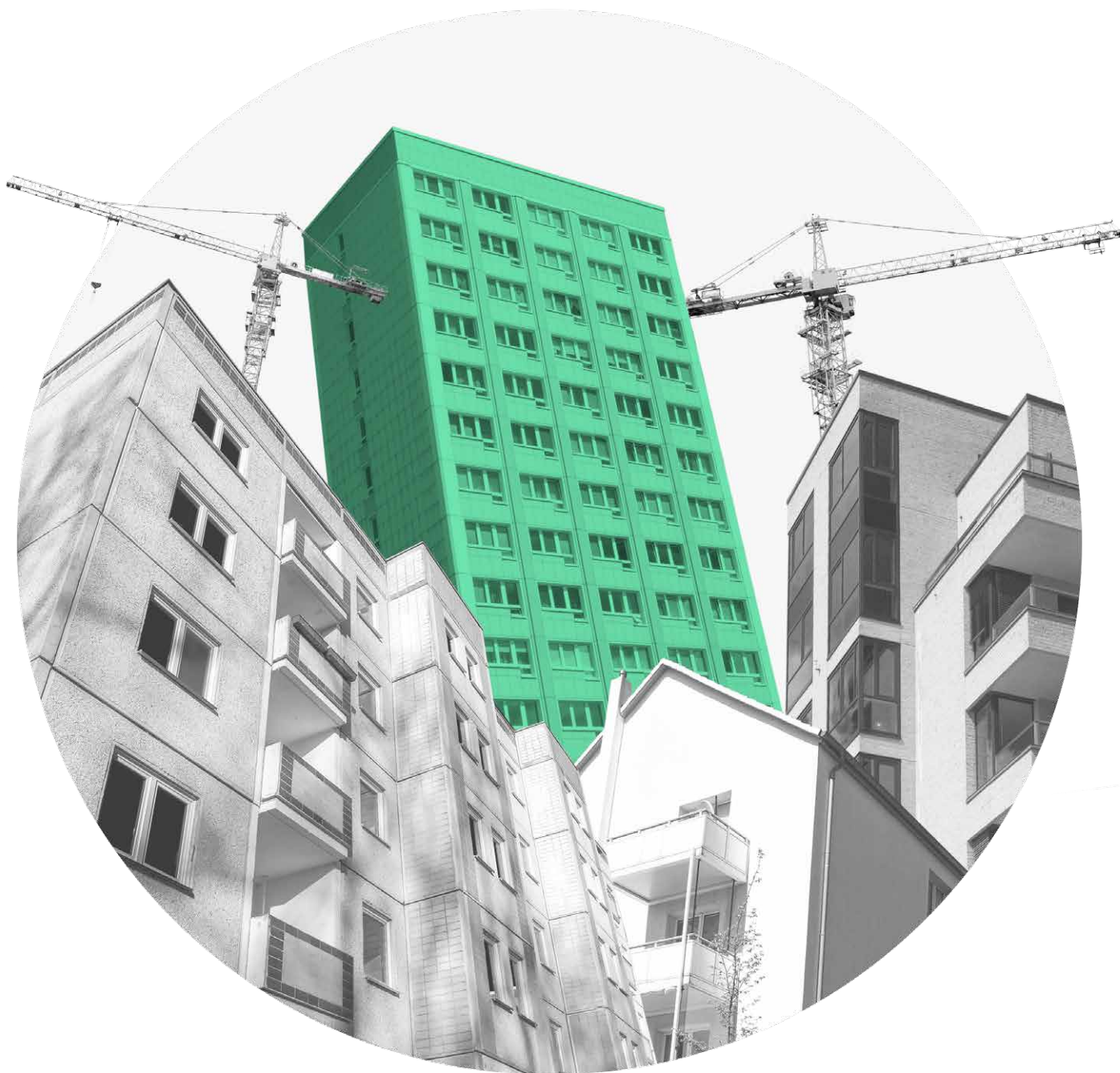
Die großen Herausforderungen der kommenden Jahre kümmern sich im Übrigen auch nicht um Ressortgrenzen oder föderale Strukturen. Verkehr und Klimaschutz, Wohnungsbau und Soziales, Kinderbetreuung und Arbeitsmarkt, innere Sicherheit und Datenschutz sind nur ausgewählte Beispiele für Querverbindungen zwischen den Verantwortungsbereichen. Nur ein ressortübergreifend abgestimmtes, strategisches und planvolles Handeln kann eine langfristig erfolgreiche und zielorientierte Politik gewährleisten. Bei der Rente hat das geklappt. Die Rente mit 67 ist gleichsam Arbeitsmarktpolitik. Gleiches gilt bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Arbeitsmarkt dankt es bereits heute mit Rekordbeschäftigung und langfristig wirkt es als Maßnahme gegen Fachkräftemangel. Die Energiewende ist kurzfristig mühsam, langfristig aber der richtige Weg, um Versorgungssicherheit und einen verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen in Einklang zu bringen. Erfolgreiche Beispiele gibt es also durchaus.

Und am Ende werden es die Bürger danken. Diese mögen empfänglich für Wahlgeschenke sein, für gute Argumente und enkelgerechte Politik sind sie es aber auch. Sie wissen: Wer heute schon an morgen denkt, vermeidet böse Überraschungen. Schließlich hat sich schon so manches Schnäppchen später als Kostenvorteil entpuppt. \_



Dr. Oliver Ehrentaut

[oliver.ehrentaut@prognos.com](mailto:oliver.ehrentaut@prognos.com)



# Brennpunkt Wohnen: die To-do-Liste für die Bundesregierung

Deutschland braucht eher gestern als heute mehr Wohnraum. Aktuell fehlen rund eine Million neue Wohnungen. Die werden derzeit zu oft im gehobenen Segment geschaffen – zu teuer also und am Bedarf vorbei. Wohnen wird zum Luxus. Was tun?



- 1 **Bekanntnis abgeben!**  
Die Bundesregierung sollte ein klares Bekenntnis zum mittel- und langfristigen Bedarf formulieren und einen Zielkorridor für die Erweiterung des Wohnungsangebots in den kommenden zehn Jahren vorgeben.
- 2 **Vorsicht, Gießkanne!**  
Mögliche Wendepunkte der demografischen Entwicklung und regionale Unterschiede müssen schon jetzt beachtet werden. Nicht überall werden auf lange Sicht mehr Wohnungen gebraucht. Gerade in schwächeren Regionen besteht das Risiko, auf Dauer Angebotsüberhänge bzw. Leerstände zu produzieren.
- 3 **Wohnungsbaupolitik ist Sozialpolitik!**  
Der Wohnungsmangel ist nicht nur eine rechnerische Herausforderung. Die Entwicklung birgt sozialpolitisches Konfliktpotenzial, wenn von unteren und mittleren Einkommen sowie insbesondere von Familien mit erhöhtem Wohnflächenbedarf der benötigte Wohnraum nicht mehr bezahlt werden kann.
- 4 **Verantwortung übernehmen!**  
Der Engpass ist beim sozialen Wohnungsbau am größten. Die Bestände des preisgebundenen Wohnraums haben sich in den letzten 15 Jahren mehr als halbiert. Der Bund darf sich in der Sozialwohnraumförderung seiner Verantwortung nicht allein den Ländern überlassen.
- 5 **Ressortgrenzen überschreiten!**  
Wohnungsbaupolitik ist eine Querschnittsaufgabe, sie interagiert erheblich mit anderen Politikbereichen. Dabei müssen diverse, teils schwer vereinbare politische und gesellschaftliche Zielsetzungen unter einen Hut gebracht werden, wie etwa altersgerechtes Wohnen, energieeffizientes Bauen und Klimaschutz, Verkehrspolitik oder Regional- und Strukturpolitik.
- 6 **Baukosten senken!**  
Diese sind in den letzten 15 Jahren kontinuierlich gestiegen. Grund sind allgemeine Preissteigerungen, aber auch geänderte Anforderungen an Neubauten. In urbanen Räumen kommen deutlich gestiegene Baulandpreise hinzu. Bund, Länder und Kommunen sind dabei selbst Kostentreiber: durch höhere Steuern, Gebühren und Abgaben oder verschlechterte Abschreibungsbedingungen. Der Bund ist zusammen mit den anderen Beteiligten gefordert, konkrete Verbesserungspotenziale aufzuzeigen und umzusetzen.
- 7 **Klimaschutz betreiben!**  
Energieeffiziente Neubauten und die energieeffiziente Sanierung bestehender Wohngebäude sind zentrale Säulen der Klimaschutzbemühungen der Bundesregierung. Gut so! Investitionen in den klimaneutralen Gebäudebestand zahlen sich langfristig aus: Sie schaffen Beschäftigung, ermöglichen Konsum und senken die Heizkosten dauerhaft. Kurzichtiges Sparen beim Klimaschutz zahlt sich langfristig nicht aus.
- 8 **Bodenpolitik am Menschen ausrichten!**  
Der Bund ist ein wichtiger Eigentümer von Flächen und Grundstücken. Statt Entwicklungs- und Bauflächen meistbietend im Höchstpreisverfahren auf den Markt zu werfen, sollte die Bodenpolitik des Bundes (gilt auch für Länder und Kommunen) stärker an der Zielgruppe ausgerichtet werden. Zuschlagskriterien müssen anhand von Konzepten des bezahlbaren Wohnens formuliert werden.
- 9 **Standortfaktor Wohnen!**  
Angespannte Wohnungsmärkte beeinträchtigen die Fachkräftegewinnung mit negativen Folgen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Qualifikation und Kompetenzen müssen über die Arbeitsplatzwahl entscheiden, nicht Wohnkosten.
- 10 **Wohnraumpolitik reduziert Verkehrsprobleme!**  
Der akute Wohnungsmangel führt zu einer zunehmenden räumlichen Entkoppelung von Wohnen und Arbeiten und zu einem erhöhten Pendleraufkommen. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Ballungszentren kann dazu beitragen, Verkehrsprobleme zu lindern.

## FAZIT

Das bau- und wohnungspolitische Instrumentarium ist entwickelt. In den nächsten Jahren kommt es darauf an, es flexibel und bedarfsorientiert einzusetzen. Auf den angespannten Märkten wird bezahlbarer Wohnraum dringend gebraucht. Ein einheitlicher, flächendeckender Förderansatz greift zu kurz. An der Zahl der fertiggestellten Wohnungen – und nicht an der Zahl der Genehmigungen – muss sich die Bundesregierung messen lassen.

# Mein Rat an Deutschland

Ob Klima, Digitalisierung oder Demografie – gerade bei den langfristigen Aufgaben der Politik sind Perspektiven aus Wirtschaft und Wissenschaft wichtig. Fünf kluge Köpfe und ihr Rat an Deutschland.



**Ursula Weidenfeld**  
Wirtschaftsjournalistin und Autorin

„Die Große Koalition hat den Wettbewerb der Parteien in der Mitte gelähmt und die Extreme gestärkt. Wer die großen Themen der Zeit lösen will, muss den politischen Wettbewerb um die besten Wege wagen.“



**Renate Köcher**  
Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach

„Wir brauchen eine Beschleunigung der Infrastrukturprogramme, bessere Rahmenbedingungen für die Digitalisierung und eine grundsätzliche Überprüfung der Energiepolitik, die wir uns in der derzeitigen Form nur leisten können, solange die deutsche Wirtschaft boomt.“



**Stefan Bratzel**  
Direktor und Gründer des Center of Automotive Management

„Die Welt von morgen braucht positive Visionen und Leitlinien. Und die Bereitschaft aller – die Automobilindustrie an vorderster Front –, sich strategisch, organisatorisch und kulturell neu zu erfinden. Mein Rat an Politiker und Unternehmensführer: Wer heute keine Visionen hat – und Helmut Schmidt möge mir verzeihen –, sollte einen Arzt aufsuchen.“



**Paul-Bernhard Kallen**  
Vorstandsvorsitzender  
Hubert Burda Media

„Durch gezielte staatliche Maßnahmen sind in den USA und China große Monopole entstanden, die den Wettbewerb auch in Europa verzerren. Deutschland sollte in Europa eine Führungsrolle im Kampf um digitale Chancengleichheit übernehmen und Wettbewerbsverzerrungen beenden.“



**Christine Bortenlänger**  
Geschäftsführender Vorstand des Deutschen Aktieninstituts

„Es gibt immer weniger börsennotierte Unternehmen in Deutschland. Doch die Aufnahme von Kapital über die Börse fördert die Innovationskraft unserer Volkswirtschaft und schafft Arbeitsplätze. Mein Rat: Die vorbörsliche Wachstumsfinanzierung stärken und das Regulierungsniveau für den Börsengang neu justieren.“



**Jan Rinnert**  
Vorsitzender der Geschäftsführung  
Heraeus Holding GmbH

„Digitalisierung wird unser aller Leben verändern. Neue Geschäftsmodelle entstehen, Künstliche Intelligenz wird Teil unseres Alltags. Und während einige Berufe wegfallen, werden sich neue herausbilden. Digitalisierung ist eine große Chance für die Zukunft unseres Landes. Eine bessere digitale Infrastruktur und Kompetenzen in Schulen und Universitäten, bei der Berufsbildung, in Unternehmen und Haushalten – das würde ich mir für Deutschland wünschen.“



## „Der Verkehr bremst den Klimaschutz“

Kaum ein Thema haben die Parteien im Wahlkampf so gemieden wie das Klima. „Schluss damit“, sagt Prognos-Energieexpertin Almut Kirchner. Im Interview spricht sie über Strom, Spaßbremsen, SUVs – und über die Gewinner und Verlierer des Wandels.

**Frau Kirchner, wie steht es um den Klimaschutz in Deutschland?**

Klimaschutz heißt Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und Einstieg in die erneuerbaren Energien bis hin zur Vollversorgung. Parallel steigt Deutschland aus der Kernkraft aus. Das ist eine besondere Herausforderung. Die Kernkraft wird ja nicht auf einen Schlag durch Erneuerbare ersetzt, sondern teilweise übernehmen noch Kohlekraftwerke deren Produktion. Für die CO<sub>2</sub>-Bilanz ist das schlecht.

**Soll heißen: Würden wir noch genauso viel Atomstrom produzieren wie vor Fukushima, bräuchten wir weniger Kohle – und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß würde auf einen Schlag sinken?**

Nicht auf einen Schlag, aber er wäre kontinuierlich stärker abgesunken. Aber auch das ist natürlich eine Milchmädchenrechnung. Der Ausstieg aus der Kernkraft hat ja Gründe. Kernkraftstrahlen gegen Klimarisiken aufzurechnen ist nicht sinnvoll. Fest steht: Der Ausstieg aus der Kohle ist bislang eher ein Einstieg

in den Ausstieg. Auch wenn das Thema Klimaschutz im Wahlkampf gemieden wurde, weil niemand als Ökospaßbremse gelten wollte – der Kohleausstieg wird eines der zentralen Themen der neuen Legislatur werden.

**Also ein schlechtes Zeugnis für die Wahlkämpfer, aber ein gutes für den Klimaschutz der vergangenen vier Jahre?**

Ja und nein. Die Anstrengungen der vergangenen 20 Jahre haben schon dazu geführt, dass wir deutlich weniger Treib-

hausgase ausstoßen als 1990 und 2000. Seit einigen Jahren sinken die Emissionen allerdings kaum noch. Die Ziele für 2020 werden wohl verfehlt. Dennoch gab es eine Reihe von Erfolgen, etwa den Ausbau der Erneuerbaren und die Entwicklung zahlreicher Technologien, die unseren Umgang mit Energie effizienter machen.

**Also gute Noten für die Erneuerbaren? Was lief sonst noch gut?**

Ja, im Bereich Erneuerbare würde ich durchaus eine Zwei geben. In Sachen Wärmeschutz eine Drei und für die Entwicklung von Technologien wieder eine Zwei. Für die Umsetzung dieser Technologien dagegen lediglich eine Vier minus. Und bei der Infrastruktur sind wir ähnlich weit hinterher. Am meisten Sorgen bereitet aber die Mobilität – das ist leider eine Sechs.

**Da würden sich die regierenden Parteien sicher wünschen, sie würden von Ihnen nach dem Schweizer Notensystem beurteilt; da ist die Sechs die beste, die Eins die schlechteste Note.**

Dafür hätten sie allerdings viel, viel mehr tun müssen. Denn wir haben heute fast genauso viel klimaschädliche Emissionen wie 2009. Eigentlich wollte Deutschland diese bis 2020 um 40 Prozent unter den Wert von 1990 drücken. Erreicht sind bisher nicht mal 30. Und das liegt eben nicht nur an den Kraftwerken, sondern auch an Autos und Lastwagen, die immer mehr Abgase in die Luft blasen. Der Verkehr, im Wesentlichen der Straßenverkehr, ist nicht nur der zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen. Er ist sogar Deutschlands größter Energieverbraucher. Der Verkehr bremst den Klimaschutz in Deutschland.

**Dabei werden die Motoren doch aber immer effizienter.**

Mag sein. Aber erstens bewegen sich Menschen und Güter immer mehr, und es gibt auch immer mehr Fahrzeuge. Zweitens entscheiden sich immer mehr Autokäufer für große Motoren; denken Sie nur an die vielen sogenannten SUVs. Hinzu kommt ein wenig attraktiver ÖPNV außerhalb der Ballungsräume. Außerdem werden bei uns immer mehr Güter auf der Straße transportiert. Der Güterverkehr ist im Zuge der Globalisierung und der europäischen Integration sogar etwas stärker gewachsen als die Wirtschaft. Beides verträgt sich schlecht mit dem Klimaschutz.

**Was müssen wir tun?**

Ziemlich viel umkrempeln: technologisch, organisatorisch und bei der Infrastruktur. Wir müssen weg von der Vorstellung, dass wir uns auch in Zukunft vornehmlich mit Verbrennungsmotoren fortbewegen, die in Autos eingebaut sind, die 23 Stunden am Tag herumstehen und unvernetzt mit anderen Verkehrsmitteln eine überlastete Infrastruktur verstopfen. Für eine Welt, in der Mobilität wichtiger ist als der Besitz eines eigenen Wagens, brauchen wir ein viel größeres und kreativeres Angebot an Verkehrsmitteln. Der Nutzer muss nach Bedarf wählen können. Für die Ballungszentren denke ich zum Beispiel an E-Bikes, Carsharing oder Elektro-Sammeltaxis im Verbund mit einem gut vernetzten ÖPNV. Zum Teil braucht es aber auch noch völlig neue Fahrzeuge und Antriebe. Die Mobilität steht vor einem gewaltigen Wandel.

**Wo sehen Sie den größten Nachholbedarf?**

Wir brauchen zukunftsweisende, also saubere, effiziente und alltagstaugliche Antriebstechnologien – im Moment sehen wir da vor allem Hybrid und Elektro. Aber auch Brennstoffzellenantriebe mit Wasserstoff oder Gasen sind noch im Rennen. Das gilt auch für den Güterverkehr.

Fast drei Viertel werden auf der Straße transportiert, für weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen muss mehr auf die Schiene und aufs Binnenschiff. Bei den Antrieben für den motorisierten Schwerlastverkehr ist bisher noch nicht klar, welche alternative Form das Rennen machen wird – aber es wird eine geben müssen. Außerdem sind hier Organisationsfragen neu zu denken: Wie verteilt man Güter klug, zeit- und energieeffizient auf Strecken und Antriebsformen?

**Was kann die Politik dafür tun?**

Elektrifizierung, Automatisierung und Digitalisierung krempeln die Mobilität um. Damit wir nicht weltweit den Anschluss verlieren und gleichzeitig etwas für das Klima tun, bräuchten wir beispielsweise klare, strenge und verbindliche CO<sub>2</sub>-Vorgaben; eventuell schlupflochfreie Flottengrenzwerte, also Richtwerte, wie viel Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer die gesamte verkaufte Pkw-Neuwagenflotte eines Autoherstellers im Schnitt in die Luft blasen darf.

**Für die Entwicklung solcher Technologien hatten Sie ja eine Zwei vergeben. Für die Umsetzung nur eine Vier minus. Warum?**

Deutschland kann aktuell kaum die folgende wichtige Frage beantworten: Wie



lassen sich Märkte so organisieren, dass neue Technologien ausprobiert und effizient schrittweise eingeführt werden? Warum ist es nicht längst attraktiver, in Effizienz zu investieren als in den Verbrauch fossiler Brennstoffe? Warum werden die energiewirtschaftlichen Regelungen für neue Geschäftsmodelle im Bereich Effizienz und Erneuerbare immer komplexer? Warum gibt es nicht mehr Möglichkeiten, das Prinzip „nutzen statt besitzen“ weiter anzuwenden – ohne Verwerfungen wie bei mancher „Vermietungsplattform“? Hier sind wir einfach zu träge, was die Rahmenbedingungen angeht. Das geht genauso langsam wie der Aus- und Umbau hin zu einer Infrastruktur, die die Energiewende voranbringt. Was nützt es, dass an windigen und sonnigen Tagen große Teile des deutschen Strombedarfs aus Erneuerbaren gedeckt werden können, wenn es keine Leitungen gibt, über die der Strom dahin kommt, wo er gebraucht wird?

**Aber dass die neuen Stromleitungen nicht schnell genug gebaut werden, liegt doch nicht nur am Staat, sondern auch daran, dass keiner die Stromtrassen vor der Haustür haben will?**

Deswegen müssen die Menschen besser eingebunden werden. Das braucht einen



großen, gesellschaftlichen Dialog, damit die Deutschen auch weiterhin den Umbau der Energieversorgung und -nutzung richtig finden und die damit verbundenen Chancen nutzen können. Ebenso braucht es ein bedachtes Vorgehen vor Ort. Wo eine Stromtrasse geplant ist, müssen Anwohner nicht nur über Nutzen und Risiken aufgeklärt werden. Sie müssen verstehen, warum das Vorhaben für die Allgemeinheit notwendig ist. Und sie müssen an einem für alle tragbaren Verlauf mitarbeiten können, also zum Beispiel Einwände erheben und Alternativen vorschlagen dürfen. Wo das nicht möglich ist, wählen viele die pure Ablehnung.

### **Kostet uns die Energiewende eigentlich Wirtschaftswachstum?**

Moment, es sind die Folgen des Klimawandels, die uns Milliarden kosten! Sie verlangsamen auch das Wirtschaftswachstum. Das scheint erstmal abstrakt, wird aber für jeden spürbar, wenn sich Extremwetterereignisse vervielfachen und Schäden entstehen, gegen die Sie kaum Vorsorge treffen können, hier wie anderswo. Gerade Länder mit hoher Verwundbarkeit werden getroffen, etwa von zunehmenden Dürren oder Überschwemmungen, die Lebensgrundlagen zerstören. In einer globalisierten Welt betrifft das über kurz oder lang auch uns, wenn Staaten instabil werden oder Menschen sich aus ausweglosen Situationen auf den Weg machen. Die gute Nachricht ist: Der Klimaschutz hilft nicht nur, das zu verhindern. Er kann Motor für Wirtschaftswachstum und Wohlstand sein. Nämlich dann, wenn richtig investiert wird. Etwa von dem Geld, das in Anlagen gesteckt wird, die Strom aus Erneuerbaren erzeugen: in Stromnetze, in die energetische Sanierung von Gebäuden, in moderne, effiziente Produktionsprozesse, in neue Fahrzeuge. Dann landet ein großer Teil bei deutschen Unternehmen. Das wirkt sich unmittelbar auf die Wertschöpfung und Beschäftigung aus. Gleichzeitig spart das Energie, sodass wir weniger Kohle und Öl importieren müssen.

### **Und wer sind die Verlierer?**

Energiewende ist Strukturwandel. Da gibt es Gewinner und Verlierer. Doch er ist unvermeidlich, wir müssen ihn so gestalten, dass möglichst viele auf der Gewinnerseite stehen. Zu den potenziellen Verlierern gehören alle, die mit den bisherigen konventionellen Energieträgern zu tun haben. Da wird es Aushandlungsprozesse geben müssen: Ob und wenn ja, wie können solche Unternehmen bei ihrer Transformation unterstützt werden? Hinzu kommen drängende Verteilungsfragen bei der Umsetzung und Finanzierung der Technologien. Die aktuell ohnehin debattierten Verteilungsfragen werden durch energiebezogene Fragen verstärkt. Das trifft praktisch jeden Bürger im Alltag – Hausbesitzer, Mieter, Stromkunden, Autofahrer oder ÖPNV-Nutzer – und auch den Bürger als Steuerzahler. Hier müssen Energie-, Industrie- und Sozialpolitik ganzheitlich gesehen werden.

**Sie haben es eben gesagt: Deutschland wird seine Klimaziele bis 2020 wohl verfehlen. Stellt das die Klimaziele in Frage?**

Nein, im Gegenteil. Der Klimawandel sitzt uns ja im Nacken. Wir brauchen Ziele, auch Zwischenziele auf zeitlicher und sektoraler Ebene. Nur so können wir das langfristige Ziel der fast vollständigen Reduktion von Treibhausgasen bis 2050 umsetzbar machen. Andererseits ist es Unsinn, so zu tun, als könnten sich innerhalb der Wirtschaft und Gesellschaft alle Sektoren gleich schnell anpassen. Allerdings ist das keine Frage der Ziele, sondern der Strategien und Instrumente, mit denen man diese erreichen will. \_

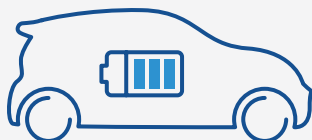
Die Fragen stellte Felizitas Janzen.

[almut.kirchner@prognos.com](mailto:almut.kirchner@prognos.com)  
[felizitas.janzen@prognos.com](mailto:felizitas.janzen@prognos.com)

< Dr. Almut Kirchner ist Vizedirektorin bei der Prognos AG in Basel. Seit 2003 leitet die Physikerin den Bereich Energie- und Klimaschutzpolitik. Mit ihren Teams erarbeitet sie vor allem modellgestützte langfristige Prognosen und Szenarien für das gesamte Energiesystem und berät Ministerien, Verbände, Unternehmen und NGOs dabei, die notwendigen Veränderungen im Energiesystem zu gestalten, die Auswirkungen abzuschätzen sowie auf Chancen, Herausforderungen und Risiken zu reagieren.

## Ladesäulen

100 Mio. EUR p. a. bis 2025



## Hochschulfinanzierung

740 Mio. EUR p. a. bis 2025

Investitionen

**+120 Mrd.  
EUR**  
bis 2025

## Radschnellwege

175 Mio. EUR p. a. bis 2025



# Geldausgeben tut nicht weh! Acht Ideen gegen Investitionsschwäche

Marode Schulen, instabile Brücken, langsames Internet, explodierende Mieten und zu wenig Betreuungsplätze. Beim Thema Investitionen besteht für die nächste Bundesregierung erheblicher Handlungsbedarf.

Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hat Deutschland in den letzten Jahren durchschnittlich nur gut zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Infrastruktur ausgegeben – deutlich weniger als vergleichbare Volkswirtschaften. Der OECD-Schnitt liegt bei über drei Prozent. Dabei ist es keineswegs so, dass es nichts zu bauen oder sanieren gäbe. Im Gegenteil: Im Schatten der schwarzen Null hat sich ein handfester Investitionsstau gebildet, und das nicht erst während der hinter uns liegenden Legislatur.

**Zeit, der Bundesregierung einige Ideen an die Hand zu geben.** Unsere Prognos-Experten haben eine bunte Mischung an Ausgaben gesammelt, die das Leben in Deutschland besser machen könnten. In Summe hat dieses „Investitionspaket“ ein Volumen von rund **15 Mrd. Euro** jährlich bis 2025. Das entspricht einem Plus von 25 Prozent gegenüber heute. Von Radwegen über Glasfaserkabel bis zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude ist für jeden etwas dabei. Natürlich könnte man gut noch mehr ausgeben, völlig anders gewichten oder die Milliarden ganz anders investieren (etwa jedes Jahr plus 30 Mrd. für Rüstung, so wie es Donald Trump von den Deutschen fordert). Aber urteilen Sie selbst:

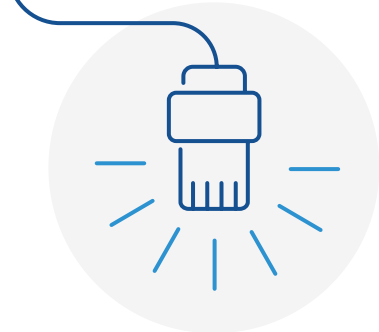
» Dichter, Denker, Digitalisierung? Humankapital ist ein hohes Gut. Die 426 deutschen **Hochschulen** erhalten derzeit eine Grundfinanzierung von 14,8 Mrd. Euro jährlich. Um mit dem technologi-

schen Wandel Schritt zu halten, kann etwas mehr Geld für Forschung und Entwicklung nicht schaden. Der Vorschlag: ein kleines Plus von fünf Prozent zur Sicherung der Innovationskraft Deutschlands.

» **Staufrei und klimaneutral pendeln?** Mit **Radschnellwegen** kein Problem. Leider gibt es in Deutschland trotz Dieselskandal und verstopften Straßen weniger als 50 Kilometer davon. Im kleineren Holland sind es 300. Höchste Zeit, vorbeizuziehen. Zielmarke: 175 neue Kilometer pro Jahr für ein ordentliches Netz bis 2025. Dann kämen auf jeden Deutschen genauso viele Radkilometer wie auf jeden Niederländer.

» Mit dem Elektroauto bundesweit sorgenfrei tanken? Derzeit eine Wunschvorstellung. Es gibt rund 15.000 konventionelle Tankstellen, aber nur 6.500 **Ladesäulen**. Ein Hemmschuh für die Entwicklung der E-Mobilität. Aktuell plant der Bund zwar 15.000 zusätzliche Ladesäulen, für eine flächendeckende Versorgung dürfte das aber zu knapp sein. Nimmt man einen Bedarf von vier Ladestationen je Tankstelle an, fehlen knapp 40.000 „Stromspender“.

» **Schnelles Internet für alle Haushalte?** Bis alle 41 Mio. Haushalte in Deutschland mit Highspeed surfen können, dauert es wohl noch ein paar Jahre. Etwa 80 Mrd. Euro kostet der flächendeckende **Breitbandausbau** nach Schätzungen der Telekom.



### Breitbandausbau

10 Mrd. EUR p. a. bis 2025



### Jedem Kind ein Instrument

100 Mio. EUR p. a. bis 2025

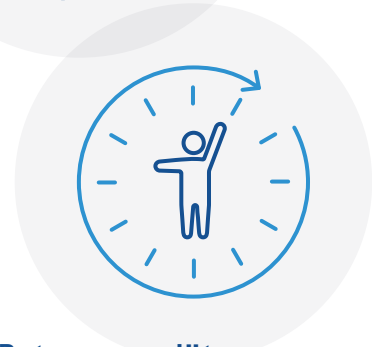
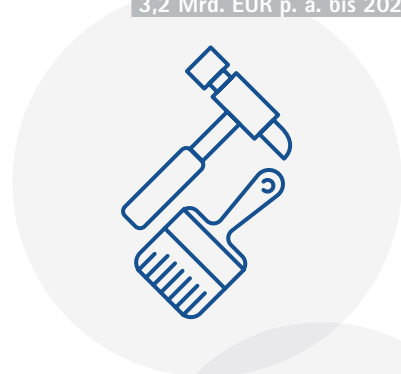


### Sozialwohnungen

520 Mio. EUR p. a. bis 2025

### Energetische Sanierung

3,2 Mrd. EUR p. a. bis 2025



### Betreuungsplätze

175 Mio. EUR p. a. bis 2025

» Schule aus, ab nach Haus? Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat große Fortschritte gemacht, gerade bei den **Betreuungsplätzen** für unter Dreijährige. Im Grundschulalter sind sie hingegen knapp. 280.000 neue Plätze in zwei Legislaturen sollten zu schaffen sein.

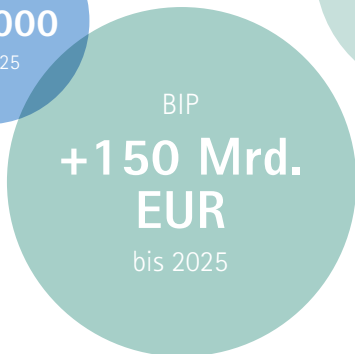
» Trautes Heim, Glück allein? Die Klimaziele sind ohne die **energetische Sanierung** von Gebäuden nicht zu schaffen. Nicht nur private Haushalte, auch die 186.000 öffentlichen Liegenschaften in Deutschland gehören saniert. Um Schulen, Rathäuser und Polizeiwachen energieeffizient zu machen, dürften im Schnitt bis zu 200.000 Euro pro Gebäude nötig sein. Denkbar sind 3,2 Mrd. Euro jährlich für Wärmedämmung und Co. – das reicht noch nicht für alle Gebäude, ist aber ein guter Anfang.

» Bezahlbarer Wohnraum? Mangelware. Schätzungen zufolge müssten jedes Jahr rund 80.000 **Sozialwohnungen** gebaut werden. Bis 2019 gehen jährlich 520 Mio. Euro Bundesmittel an die Länder, 2017 und 2018 sogar je 1,5 Mrd. Allen rechtlichen Hürden zum Trotz: Diese Unterstützung muss weiterlaufen, um die Aufgabe der Wohnraumförderung auch künftig zu bewältigen.

» Musik in unseren Ohren? Kulturelle Bildung erhöht nachweislich die Zukunftschancen von Kindern. In einigen Bundesländern bereits erfolgreich

erprobt wurde das Programm **Jedem Kind ein Instrument**. Um deutschlandweit jedem Grundschüler Zugang zu einem Instrument zu gewährleisten, könnte der Bund pro Jahr 100 Mio. Euro zusätzliche Mittel bis 2025 beisteuern.

Der eingangs erwähnte OECD-Durchschnitt von drei Prozent wird mit diesem 15-Milliarden-Paket bei Weitem nicht erreicht. Den Menschen in Deutschland wäre dennoch geholfen. Und auch gesamtwirtschaftlich ergeben sich spürbare Wirkungen. Berechnungen mit dem Prognos-Makromodell VIEW zeigen: Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnet bis 2025 ein Plus von 150 Mrd. Euro und es entstehen 80.000 zusätzliche Jobs. Ganz nebenbei dürfte das auch den europäischen Partnern wie Emmanuel Macron gefallen. Denn der viel kritisierte deutsche Exportüberschuss sinkt über diesen Zeitraum immerhin um 80 Mrd. Euro. –



# Eine gute Idee ...

Die Zukunft fordert uns in vielen Bereichen heraus. Deshalb sind sowohl (strategische) Übersicht als auch Detailkenntnis nötig. Prognos-Experten machen konkrete Vorschläge.

## ... für den Autoverkehr der Zukunft

Das Ende des Verbrennungsmotors als Kfz-Antrieb scheint politisch beschlossen zu sein. Gleichzeitig wird eine Lösung präsentiert, die vermeintlich keine Alternativen zulässt: der Elektromotor. Dabei sind zahlreiche Fragen ungeklärt: die Höhe der notwendigen Infrastrukturinvestitionen, der Aufbau von Produktionskapazitäten für Batterien, das Recycling und damit die Einbettung der Elektromobilität in ein Konzept zirkulärer Wertschöpfung. Innovationspolitisch

konzentriert man sich also auf einen technologischen Entwicklungspfad und blendet dabei mögliche Alternativen aus. Die Erfahrung zeigt: Forschung und Entwicklung sollten stets alternative Konzepte untersuchen. Neue Wege sollten nicht durch frühzeitige politische Festlegungen ausgeschlossen werden. Die Schlüssel sind: eine mögliche Vielfalt von Antriebskonzepten und eine stärkere Reflexion darüber, ob die Zukunft auf einen dominierenden Verkehrsträger (das Auto-

mobil) fokussiert bleibt. Möglicherweise bewegen wir uns besser und schneller in ganz neuen Mobilitätskonzepten. \_



Michael Astor

michael.astor@prognos.com

## ... für einen zeitgemäßen Bürgerservice

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland steht für zuverlässiges, gründliches und regelgebundenes Arbeiten. Für mit hoheitlichen Aufgaben betraute Institutionen ist ein risikoaverses Vorgehen angebracht. Geht es aber um die Entwicklung innovativer E-Governmentdienste, stößt die sicherheitsorientierte Verwaltungskultur an ihre Grenzen. Eine Möglichkeit, Freiräume für Innovationen zu schaffen, sind digitale Serviceteams nach angelsächsischem Vorbild. Spezialkräfte arbeiten in inter-

disziplinären Teams auf Abruf weitgehend autonom an IT-Lösungen für Behörden. Das Personal wird dabei gezielt aus dem Tech-Sektor angeworben, um eine auf Agilität ausgerichtete Arbeitskultur in die Verwaltung zu tragen. Dank kürzerer und flexiblerer Entwicklungszyklen können Lösungen zügig pilotiert, getestet und implementiert werden. Reibung mit der tradierten Verwaltungskultur ist dabei vorprogrammiert, die Rekrutierung des entsprechenden Personals schwierig. Doch möchte die Verwaltung

künftig mehr digitale Bürgerservices anbieten, ist ein Umdenken in ihren IT-Abteilungen unumgänglich. \_



Kim Bastian Warmbrunn

kim.warmbrunn@prognos.com

## ... für einen Strukturwandel der Arbeit

Arbeit verändert sich in vielen Berufen dramatisch: Informatisierung und Digitalisierung bieten neue Handlungsspielräume und größere Autonomie, verstärken aber zugleich den Handlungsdruck und fordern kurze Reaktionszeiten – im betrieblichen Alltag wie auch darüber hinaus. Insbesondere die Industrie 4.0 mit durchgängig digitalisierten Prozessketten ist ein revolutionärer Schritt auf dem Weg zur Neugestaltung der Produktion. Der Blick in die Betriebe zeigt jedoch: Veränderungen vollziehen sich nicht

radikal, sondern schrittweise. Zugleich konzentriert sich die öffentliche Diskussion zu sehr auf die Frage der Substitution menschlicher Arbeit durch Robotik und vernetzte Automatisierungstechnik, also auf den Verlust von Arbeitsplätzen. Das ist bedauerlich und kann teuer werden, denn automatisierte Produktion und Assistenzsysteme bieten gleichermaßen Entwicklungschancen. Da sollten wir uns nicht allein vom Know-how der IT-ler leiten lassen, sondern das Wissen der Facharbeiterinnen und Facharbeiter ein-

beziehen. Den Strukturwandel gestalten heißt, die Akteure mitzunehmen – und damit die Stärken der deutschen Industrie im globalen Wettbewerb auszuspielen. \_



Cordula Klaus

cordula.klaus@prognos.com



## ... für eine Energiewende, die sozial funktioniert

Viele deutsche Haushalte sind noch nicht auf Erneuerbare Energien umgestiegen. Die Brennstoffpreise für fossile Energien senden hierfür bisher keine ausreichenden Preissignale. Aus ökologischer Sicht wäre es sinnvoll, die Energiesteuer zu reformieren und eine neue Komponente einzuführen, die CO<sub>2</sub>-intensive Energieträger teurer macht. Doch dies belastet vor allem Haushalte mit geringem Einkommen, die einen größeren Anteil ihres Geldes für Energiekosten aufwenden müssen. Um eine Energiesteuerreform sozialverträglich zu gestalten, muss also beides betrachtet werden:

einerseits energie- und klimapolitische Aspekte, andererseits Verteilungsfragen. Wichtig sind hierbei ökonomische Analysemodelle, die sowohl auf Personen- als auch Haushaltsdaten basieren und neben sozioökonomischen Informationen zusätzlich Angaben zum privaten Energieverbrauch enthalten – wie beispielsweise das Prognos-Mikrosimulationsmodell. Es simuliert verschiedene Formen einer CO<sub>2</sub>-Steuer und untersucht deren Verteilungswirkungen. So haben wir in unserem Modell bereits eine CO<sub>2</sub>-Abgabe nach Schweizer Vorbild in Deutschland „eingeführt“ (Lenkungs-

abgabe mit vollständiger Rückerstattung an die Bevölkerung) und konnten zeigen, dass es hierzulande durchaus Möglichkeiten für eine ökologische und zugleich soziale Energiesteuer gibt. \_



## ... für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Menschen sind unterschiedlich. Das gilt insbesondere im hohen Alter. Entsprechend wichtig ist die Wahl der passenden Versorgung im Pflegefall. Aus Befragungen wissen wir: Die Mehrheit der Hochaltrigen möchte möglichst lange zu Hause leben. Sobald Unterstützungsbedarf besteht, sind dann aber andere Versorgungsformen notwendig und gewünscht. Dann sind Alternativen gefragt, d. h. ambulante Wohnformen (betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften, Quartierskonzepte etc.) oder stationäre Einrichtungen. Unsere Untersuchungen zeigen, dass darüber

vielfach allein der Geldbeutel entscheidet. Denn in der Regel gilt: je professioneller das Setting, desto teurer. So steigt – trotz Pflegeversicherung – der privat zu finanzierende Anteil an den Pflegekosten. Dadurch fehlt es an echter Wahlfreiheit. Um diese möglichst vielen älteren Menschen zu ermöglichen, müssten drei Voraussetzungen erfüllt sein: (1) einheitliche Preise (beim selbst zu finanzierenden Anteil) für die verschiedenen Versorgungssettings. (2) Eine unabhängige Verbraucherplattform, die über das Maß an Versorgungssicherheit bzw. Selbstbestimmung

informiert, das die verschiedenen Versorgungsformen bieten. (3) Nutzer müssten bei den pflegerischen Leistungen frei zwischen verschiedenen Modulen wählen können. \_



## ... für einen Staat auf Augenhöhe

Während die Wirtschaft die Industrie 4.0 vorantreibt, steht der digitale Wandel der öffentlichen Verwaltung noch am Anfang. Wie kann in der neuen Legislatur der Weg zu einem erfolgreichen digitalen Föderalismus beschritten werden? Ein Blick zu unseren europäischen Nachbarn offenbart drei bedeutende Faktoren: Erstens braucht die digitale Verwaltung eine klare Vision. Sie muss Bürgern, Unternehmen und den Mitarbeitenden Ziele und Nutzen der Verwaltungsdigitalisierung aufzeigen. Unterfüttert werden muss die Vision mit einer langfristigen, gemeinsamen Strategie von Bund, Ländern und Kommunen, die klare Umsetzungsschritte und Verant-

wortlichkeiten definiert. Zweitens: Vision und Strategie brauchen ein starkes politisches Mandat von Bund und Ländern. Der Bund ist hier in einer Schlüsselposition, er bestimmt die Agenda und muss sein politisches Gewicht in die Waagschale werfen. Drittens bedarf es schlagkräftiger Umsetzungsstrukturen: Den bestehenden IT-Planungsrat gilt es, durch den Aufbau eines leistungsfähigen organisatorischen und finanziellen Unterbaus zum Umsetzer der Strategie zu machen. Mit diesem Dreiklang aus gemeinsamer Strategie, politischem Mandat und starker Umsetzungsstruktur kann auch im komplexen Föderalismus bundesdeutscher Prägung

die Digitalisierung der Verwaltung gelingen, der Staat auf Augenhöhe mit Bürgern und Unternehmen kommunizieren und zusammenarbeiten und „Verwaltung made in Germany“ wieder ein positiver Standortfaktor werden. \_



# Zehn Fragen an ... Hildegard Müller



Hildegard Müller  
ist Vorstand Netz & Infrastruktur von innogy SE,  
der Energiewende-Tochter von RWE. Zuvor war  
sie Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung im  
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft  
(BDEW), Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin  
und Mitglied des Deutschen Bundestags.

1. **Ihr Blick auf Deutschlands Energielandschaft im Jahr 2050?** Unsere Vision für das Jahr 2050 ist ein Energiesystem, das vor allem aus erneuerbaren Energien und intelligenten Netzkonzepten besteht. Voraussetzung dafür ist das möglichst effiziente Zusammenspiel von Erzeugungsanlagen, Speichern und intelligenten Netzen. Neben dem Stromsektor müssen dabei auch die Bereiche Wärme und Verkehr einbezogen werden. Deshalb müssen wir sehr schnell F&E-Projekte erfolgreich bewältigen und die dafür erforderlichen Konzepte entwickeln. Die politischen Weichen müssen so gestellt werden, dass sie auch umgesetzt werden können. Sonst wird Deutschland die ehrgeizigen Klimaziele nicht erreichen.
2. **In drei Worten: Was gefährdet die Energiewende?** Fehlender Blick fürs Ganze (jetzt sind es doch vier Worte geworden).
3. **... und was bringt sie voran?** Zielvorgaben, Markt, Technologieoffenheit.
4. **Sie kennen die Energiewende aus den Blickwinkeln: Politik, Verband und Unternehmen. Was haben Sie gelernt?** Jeder Blickwinkel hat seine Berechtigung und seinen Mehrwert – am Ende muss alles zusammenspielen.
5. **Wann hat die Politik Sie das letzte Mal so richtig überrascht?** Das behalte ich lieber für mich ☺.
6. **Was ist langfristig die größte Herausforderung in der Beziehung zwischen Klimaschutz und Politik?** Klimapolitik benötigt einen langen Atem. Wirksame Maßnahmen brauchen viel Zeit, um ihre Wirkungen zu entfalten. Politiker müssen aber oft nach kurzfristigen Lösungen suchen, um das Leben der Menschen direkt spürbar zu verbessern. Das verlangt von Politikern, weit über die nächste Legislaturperiode hinauszudenken.
7. **Und was könnte man sofort verbessern?** Strom wird grüner – und soll daher verstärkt auch im Wärmesektor und Verkehr genutzt werden. Steuerlich wird der Verbrauch von Strom aber gegenüber Heizöl beispielsweise benachteiligt. Hier kann der Gesetzgeber unmittelbar Hand anlegen. Die Frage der Sektorkopplung steht damit ganz vorne auf der Agenda der nächsten Legislaturperiode.
8. **Welcher Energiewende-Trend wird überschätzt?** Das wissen wir heute nicht. Es ist wichtig, Optionen offenzuhalten und uns nicht zu früh festzulegen. Forschung und Entwicklung bleiben unerlässlich für die Energiewende.
9. **... und welcher unterschätzt?** Häufig wird über die großen Stromautobahnen diskutiert. Das eigentliche Rückgrat der Energiewende sind aber die Verteilnetze. An sie sind rund 95 Prozent der Erneuerbaren-Anlagen angeschlossen. Diese Netze müssen wir für die Energiewende und die Digitalisierung ertüchtigen – das ist auch eine Frage der Regulierung. Heute gibt es rund 1,6 Millionen dezentrale Erzeugungsanlagen – Tendenz steigend. Der „Intelligenz“ der Stromnetze kommt eine entscheidende Rolle zu. Durch das Zusammenwachsen von Energie- mit der Informations- und Kommunikationstechnik wird das Verteilnetz zunehmend intelligent im Sinne eines Smart Grid. Nur so wird es möglich sein, die dezentral erzeugte Elektrizität zur richtigen Zeit an den richtigen Ort zu bringen.
10. **Ihr Wunsch für sich selbst, für innogy und für die Gesellschaft?** Für mich selbst: dass meine Familie und ich gesund bleiben! Für innogy: langfristig stabile energiepolitische Rahmenbedingungen und ein agiles Unternehmen. Für die Gesellschaft: Bewahrung unserer toleranten und auf sozialen Ausgleich bedachten demokratischen Grundordnung. \_

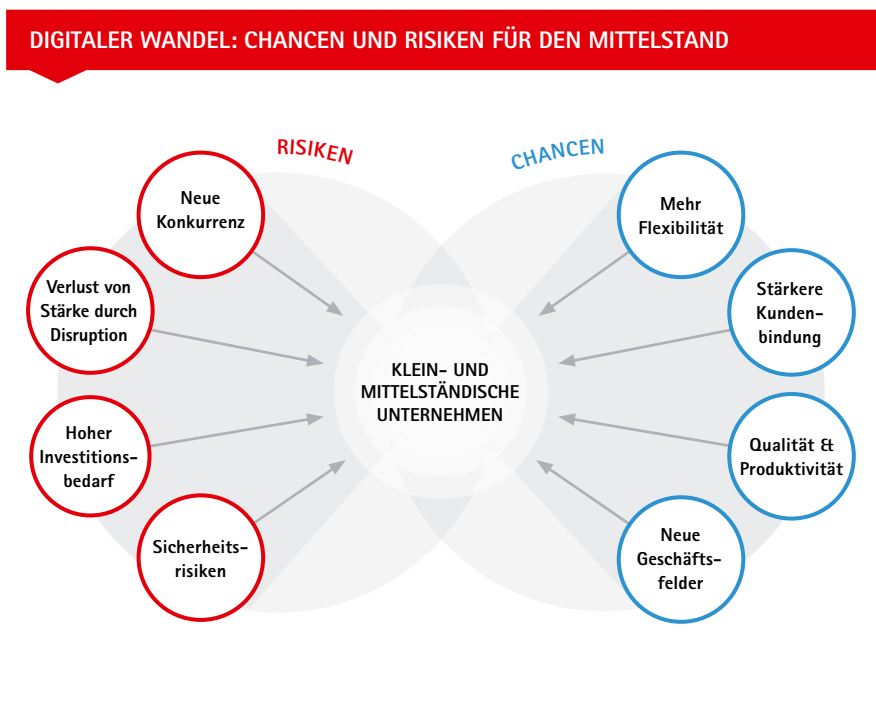
# Endlich digital: Mittelstand fit machen!

Wenn das Geschäftsmodell Deutschland weiter Erfolg haben soll, ist eine digitale Bildungsoffensive für Mitarbeitende von KMU nötig. Das geht – mit einer Bund-Länder-Initiative.

Digitalisierung ist für Unternehmen eine Daueraufgabe. Wie eine aktuelle Prognos-Studie zeigt, trug sie zwischen 1998 und 2014 0,5 Prozentpunkte zur jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung bei. Somit verdankt Deutschland fast die Hälfte seines Wirtschaftswachstums der Digitalisierung und vieles spricht dafür, dass ihre Bedeutung weiter zunimmt. Das Wirtschaftsgeschehen der nächsten Jahre wird durch die fast grenzenlose Flexibilität der additiven Serienfertigung (3-D-Druck), Big Data und das Internet of Things geprägt sein. Weitere innovative Produkte sind nur noch wenige Jahre von einer breiten Diffusion im Markt entfernt, zum Beispiel autonome Fahrsysteme – ein wahrer „Game Changer“, und zwar nicht nur für die Großkonzerne im Automobilland Deutschland.

Doch obwohl der digitale Wandel derzeit in aller Munde zu sein scheint, verdichten sich die Hinweise, dass die Mehrheit der KMU ihn bisher nicht ausreichend wahrgenommen und viele seiner Chancen verpasst haben. Die Risiken überwiegen. Darüber darf auch die aktuell gute Konjunktur nicht hinwegtäuschen. Wahr ist: Derzeit sind die Investitionen in den digitalen Wandel gering und werden oftmals nur in den Randbereichen der Unternehmen getätigt. Vor allem gelingt vielen KMU die Transformation ihrer Geschäftsmodelle ins digitale Zeitalter nicht.

Häufig wird bemängelt, dass keine Fachkräfte zu finden sind. Fehlendes technisches Know-how der Belegschaften erschwert tatsächlich die Umsetzung von digitalen Projekten. Doch noch schwerer wiegt, dass digitale Potenziale von Produkten, Prozessen oder neuen Geschäftsmodellen erst gar nicht erkannt werden. Manchen Unternehmen ist gar nicht bewusst, welche Möglichkeiten sie durch die Digitalisierung haben. Fehlt das Verständnis für die Potenziale, kann der Nutzen nicht bewertet und ökonomisch umgesetzt werden.

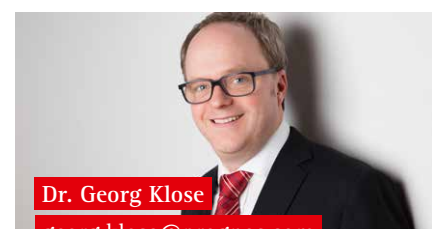


Quelle: Prognos AG

Eine gemeinsame Bund-Länder-Initiative, die verfassungsrechtliche Gestaltungsspielräume in der Bildungspolitik nutzt, kann hier Abhilfe schaffen – die Exzellenzinitiative für die Spitzenforschung an Hochschulen hat es vorgemacht. Auch andere Initiativen unterstützen schon heute den digitalen Wandel in der Bildung, etwa die Berufsbildung 4.0, die Digitalisierung der Hochschulbildung und der Digital-Pakt#D. Das ist gut und notwendig, doch profitieren hiervon vor allem die künftigen Arbeitnehmer. Mindestens ebenso großer Unterstützungsbedarf besteht jedoch auch bei den derzeitigen Erwerbstätigen – zumal viele von ihnen aufgrund des demografischen Wandels noch lange im Berufsleben bleiben werden.

Man muss dafür sorgen, dass Arbeitnehmern in KMU im ganzen Land grundlegende digitale Kompetenzen vermittelt

werden. Das Ziel muss sein, den digitalen Wandel in die Breite zu tragen, um die Vielzahl, die Verschiedenheit und die Vielfalt der KMU – eine der Stärken der deutschen Wirtschaft – zu erhalten. \_



Dr. Georg Klose  
georg.klose@prognos.com

# Starkes Europa – starkes Deutschland

Was Deutschland tun muss, wenn wir auch in Zukunft von Europa profitieren wollen.

Obwohl sich die Konjunkturen EU-weit erholen, die Zahl der Beschäftigten wieder steigt und die Sanierung der Staatshaushalte voranschreitet, bleibt der Handlungsdruck enorm. Gerade auf die Bundesregierung steigt der Druck, mehr zur wirtschaftlichen Reform und Genesung Europas beizutragen.

**Deutschland und die EU brauchen einander** Deutschland exportiert mehr als 50 Prozent in die EU und ist deshalb auf starke Staaten innerhalb der Union angewiesen. Umgekehrt profitiert die EU von einem starken Deutschland. Eine Studie der Prognos AG belegt: Eine starke deutsche Wirtschaft schafft Wertschöpfung und Beschäftigung in ganz Europa. Allein die deutsche Nachfrage nach EU-Gütern sorgt innerhalb der Union für fast fünf Millionen Arbeitsplätze, während deutsche Importe für eine Wertschöpfung von 240 Milliarden Euro sorgen.

Der europäische Binnenmarkt bietet Deutschland nicht nur die notwendigen Ressourcen und Märkte. Er bietet auch die Sicherheit und Ordnung, die es zu seiner Stärkung und Entwicklung braucht. Deshalb liegt es im vitalen Interesse Deutschlands, zur Prosperität in den Mitgliedsstaaten der EU beizutragen.

## Jetzt die Weichen für das kommende Jahrzehnt stellen

Für den Zeitraum nach 2020 stehen weitreichende Reformen innerhalb der EU an. Dabei wird es auf ein ökonomisch weitsichtiges und strategisches Handeln Deutschlands ankommen:

» **Reform des EU-Haushalts:** Der EU-Haushalt und die EU insgesamt werden sich nach 2020 verändern. Hierzu wurden jüngst zahlreiche Vorschläge unterbreitet – von Empfehlungen der sogenannten „High-Level Group für Eigenmittel“ unter Vorsitz von Mario Monti, bis hin zum Reflexionspapier zur „Zukunft der EU-Finzen“ der EU-Kommissare Günther H. Oettinger und Corina Crețu. Um die wirtschaftliche Prosperität der EU in Zukunft sicherzustellen, muss

der Schwerpunkt bei der Neuausrichtung darauf liegen, den europäischen Mehrwert der Ausgaben zu maximieren. Dazu wird es notwendig sein, bei den Ausgaben den Fokus auf strategische Handlungsfelder zu legen – auf Bildung vor allem, aber auch auf Innovation und wirtschaftliche Kohäsion. Tradierte Haushaltslinien dürfen nicht einfach fortgeschrieben werden. Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik sind in ihrer derzeitigen Ausgestaltung kaum noch zu rechtfertigen. Für die Bundesregierung sollte es darauf ankommen, einerseits auf diese strategische Re-Fokussierung hinzuwirken und andererseits der EU langfristig einen größeren Entscheidungs- und Handlungsspielraum in ihrer Budgetpolitik zu verschaffen.

» **Stärkung der europäischen Wirtschaftspolitik:** Um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstumspotenzial in Europa zu stärken, sind Mitgliedsstaaten und EU-Kommission gemeinsam gefordert. Sie müssen Strukturreformen auf den Weg bringen, eine nachhaltige Fiskalpolitik betreiben und übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte vermeiden. Für die bessere Koordination dient bereits heute das „Europäische Semester“, also der Abstimmungszyklus der EU-Mitgliedsstaaten im Bereich der Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Aber nur wenn die wirtschaftspolitische Steuerung an Verbindlichkeit und Umsetzungsstärke gewinnt, kann daraus ein wirklich wirkungsstarkes Instrument erwachsen. Begleit- und Anreizmechanismen können helfen, die notwendigen Strukturreformen strategisch vorzubereiten und schließlich umzusetzen. Der sogenannte Structural Reform Support Service der Kommission bietet hierfür eine gute Basis. Dennoch ist eine regelbasierte Politik extrem wichtig, um Verlässlichkeit unter den Partnern herzustellen. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass die EU auch wirtschaftspolitisch eine neue strategische Debatte benötigt. Notwendig ist ein gemeinsam getragenes wirtschaftspolitisches Leit-

bild, das die Zielsetzungen des EU-Vertrages in den Realitäten der nationalen und europäischen Politik abbildet.



» **Weiterentwicklung der europäischen Struktur- und Investitionspolitik:** Die Kohäsionspolitik ist auch in Zukunft das wichtigste Investitionsinstrument der EU. Mit ihrer Hilfe müssen die strategischen Vorgaben zur Bewältigung drängender Herausforderungen auf europäischer und globaler Ebene noch besser mit den langfristigen Entwicklungsstrategien auf regionaler Ebene verbunden werden. Die Bundesregierung sollte sich nachdrücklich dafür einsetzen, die Strategie der intelligenten Spezialisierung zum Kern der Förderung durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) zu machen. Trotz der großen Rolle der ESI Fonds in zahlreichen Bundesländern fehlt dieses Bekenntnis zu einer strategischen Förderung bislang. Um dies sicherzustellen, muss der Kohäsionspolitik auch nach 2020 eine hervorgehobene Rolle im EU-Haushalt zugesichert werden.

**Klar ist:** Will Deutschland auch in Zukunft von der EU profitieren, müssen wir uns nicht nur finanziell stärker beteiligen. Wir müssen die Zukunft der EU stärker mitgestalten und zu ihrem Funktionieren beitragen. \_



Dr. Jan-Philipp Kramer  
jan.kramer@prognos.com

# Kinderbetreuung: gut, besser, noch besser

Er ist komplex und langfristig angelegt: der Ausbau der Kinderbetreuung. Prognos-Studien geben Orientierung und bilden die Basis für politische Entscheidungen – vor zehn Jahren ebenso wie heute.

In Deutschland hat sich in puncto Kinderbetreuung viel getan. Gingen vor zehn Jahren nur etwa 285.000 der unter Dreijährigen in eine Kindertagesstätte (Kita) oder zur Tagespflege, sind es heute etwa 720.000 Kinder aus dieser Altersgruppe. Damit ist die Betreuungsquote von 14 auf 33 Prozent gestiegen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist ein Paradebeispiel für eine nachhaltige Politikgestaltung. Unterstützt vom Wunsch vieler Eltern, auch dann erwerbstätig zu sein, wenn der Nachwuchs noch klein ist, hat die Familienpolitik trotz komplexer Finanzierungs- und Zuständigkeitsfragen im Föderalismus am Betreuungsausbau festgehalten. Dabei spielte die parteipolitische Farbenlehre keine Rolle: Familienministerinnen von SPD und CDU haben sich kontinuierlich für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingesetzt.

Den ersten Schritt zur Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern unter drei Jahren gingen Bund, Länder und Kommunen 2005. Sie verständigten sich darauf, ab 2013 rund 750.000 Betreuungsplätze vorzuhalten. Eltern haben seitdem einen Rechtsanspruch darauf, dass ihr Kind von seinem ersten Geburtstag an in einer Kita oder in der Tagespflege betreut und gefördert werden kann.

Die Prognos AG hat als Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesfamilienministerium den Ausbau der Kinderbetreuung über Jahre wissenschaftlich begleitet. „Die Zielmarke von 750.000 Plätzen haben wir aus Bevölkerungsumfragen und einem internationalen Vergleich abgeleitet“, erinnert sich Prognos-Direktor Andreas Heimer. Eine weitere Aufgabe für Prognos bestand darin, die Investitionskosten abzuschätzen und Finanzierungskonzepte zu entwickeln, mit denen sich die immensen Investitionen begründen und umsetzen ließen. Im letzten Jahr vor dem Inkraft-

treten des Rechtsanspruchs hat Prognos schließlich im Rahmen einer Befragung aller Landkreise und kreisfreien Städte erhoben, wie weit der Betreuungsausbau vor Ort vorangekommen ist. Die Befragungsergebnisse zeigten: Das Angebot ist stark ausgebaut worden. Mit einer Klagewelle von Eltern, die keinen Betreuungsplatz für ihr Kind erhalten haben, war also nicht zu rechnen.

Auch in der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen, an der die Prognos AG im Auftrag von Bundesfamilien- und Bundesfinanzministerium von 2010 bis 2014 maßgeblich beteiligt war, stand die Kinderbetreuung im Fokus der Analysen. Ergebnis: Die Kinderbetreuung gehört zu den wirksamsten und effizientesten Leistungen für Familien. „Kinderbetreuung trägt dazu bei, dass mehr Mütter erwerbstätig sein können. Das senkt das Armutsrisiko von Familien deutlich. Außerdem hat der Besuch einer Kita positive Auswirkungen auf die Entwicklung von kognitiven und sozio-emotionalen Fähigkeiten der Kinder“, fasst Andreas Heimer wesentliche Aussagen

der Gesamtevaluation zusammen. Auch wenn der Ausbau der Kinderbetreuung in den letzten zehn Jahren von einer hohen Dynamik geprägt war, ist die Familienpolitik gut beraten, diesen Weg energisch fortzusetzen. Neben Investitionen in die Qualität der Betreuung ist es dringend erforderlich, den Blick auf die 2,8 Millionen Schulkinder zu richten. Für viele Eltern bedeutet die Einschulung, dass eine Betreuungslücke entsteht, wenn die Schule mittags endet. Daher ist ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Schulkinder der nächste anstehende Schritt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So haben Prognos-Experten erst kürzlich in einer Studie über Ganztagsangebote für Schulkinder gezeigt: Es fehlen rund 550.000 Ganztagsangebote für Grundschulkindern. Möglich, dass sich ein späterer Blick ins trendletter-Archiv dieser Studie widmet...



< Blick ins Archiv – diesmal auf das Paradebeispiel Familienpolitik. Hier wurden jenseits politischer Farbenlehre langfristig Ziele weiterverfolgt.

# Deutschland braucht eine Taskforce für Verkehr

Die Sanierung und Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur verläuft nur zähfließend. Darunter leiden Geschäftsreisende, Pendler und der Güterverkehr – und mit ihnen die Wirtschaft. Eine Taskforce für Verkehr könnte Abhilfe schaffen.

Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan sieht bis zum Jahr 2030 Investitionen von rund 265 Milliarden Euro vor. Das genügt nicht, um die Überalterung der Bundesfernstraßen zu stoppen. Deutlich wird das unter anderem an Autobahnbrücken, die für den Schwerlastverkehr gesperrt werden müssen, wie beispielsweise in Leverkusen. Auch in den neuen Bundesländern werden bereits wieder Autobahnen saniert, die erst vor weniger als 20 Jahren ausgebaut wurden. Auf der Schiene ein ähnliches Bild: Ausbau und Instandsetzung erfordern teilweise vollständige Streckensperrungen – und bremsen somit Geschäftsreisende, Pendler und den Güterverkehr aus. Die Erwartungen an die neue Bundesregierung sind immens.



Dabei ist der Bedarf längst erkannt und die Mittel sind eingeplant. Der Engpass ergibt sich daraus, dass insbesondere den Straßenbauverwaltungen das Personal fehlt, um die Projekte zügig abzuarbeiten – so unter anderem in Nordrhein-Westfalen. An diesem Knotenpunkt des deutschen und europäischen Verkehrs müsste eine Vielzahl von Sanierungsmaßnahmen sofort umgesetzt werden. Weitere Herausforderungen: Jede Baumaßnahme

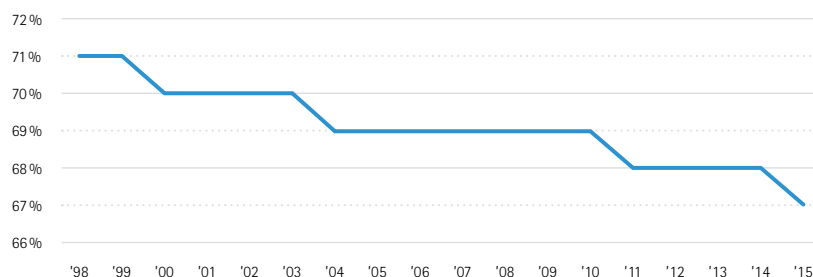
muss in den laufenden Betrieb eingepasst und der Lärmschutz der Anwohner gewährleistet werden. Gleichzeitig nimmt der Verkehr weiter zu und manche Ausweichrouten sind nicht leistungsfähig genug, um den Personen- und Güterverkehr aufzunehmen. Der Handlungsdruck ist riesig, die Schäden für die Volkswirtschaft beträchtlich. Was tun? Der seit langem sinkende Modernitätsgrad von Straßen und Brücken des Bundesfernstra-

ßennetzes in Deutschland zeigt, dass die Ersatzinvestitionen nicht ausreichen, die Leistungsfähigkeit der Bundesfernstraßen zu erhalten. Gerade diese Maßnahmen haben jedoch Priorität, da sie unmittelbar entstehende volkswirtschaftliche Negativeffekte vermeiden helfen.

Es wird außerdem nicht ausreichen, dass der Bund im Rahmeninvestitionsprogramm Mittel für den Erhalt der Bundesfernstraßen und -schienenwege einstellt, die Umsetzung jedoch den (überlasteten) Straßenbauverwaltungen der Länder und der Deutschen Bahn überlassen bleibt. Die Erfahrung zeigt, dass dies zu Verzögerungen führt und die Maßnahmen untereinander nicht automatisch abgestimmt werden.

Um dem beizukommen, wäre eine bundesweit zuständige Taskforce denkbar, welche die Erhaltungsinvestitionen in Straße und Schiene koordiniert. Sie könnte auch das politische Mandat haben, über Bundesländergrenzen hinweg eigene Prioritäten zu setzen und Abhilfe dort zu schaffen, wo der größte Handlungsdruck besteht. Sie wäre außerdem in der Lage, Maßnahmen zeitlich so an-

## DEUTSCHLANDS STRASSEN ÜBERALTERN Sinkender Modernitätsgrad zwischen 1998 und 2015



Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung//Prognos AG

zuordnen, dass im Fall von Baustellen oder zeitweilig zwingenden Sperrungen akzeptable Ausweichrouten zur Verfügung stehen. Was ein fehlendes Risikomanagement bei Baustellen verursacht, zeigte sich unlängst bei der Sperrung der Rheintalstrecke: Der langlaufende internationale Schienengüterverkehr konnte auf keine anderen Strecken ausweichen.

**Grundsätzlich gilt:** Dort, wo Verkehr und Umwelt am massivsten beeinträchtigt sind, muss als Erstes gehandelt werden. Hingegen darf keine Rolle spielen, ob einzelne Bundesländer oder Verkehrsträger vor anderen bedient werden. Ebenso darf die im Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagene Reihenfolge kein vorrangiges Kriterium sein. Es versteht sich von selbst, dass Engpässe nicht nur behoben werden müssen, sondern die Verkehrsinfrastruktur auch so modernisiert wird, dass sie energieeffizienten und klimaschonenden Verkehr ermöglicht. \_



**Stephan Kritzing**

[stephan.kritzing@prognos.com](mailto:stephan.kritzing@prognos.com)

# Bürgerbeteiligung muss verbindlich sein



## Partizipation als zusätzliche Säule der Demokratie.

Die repräsentative Demokratie ist in der Krise. Diesen Eindruck gewinnt, wer das politische Feuilleton dieser Tage studiert: Von Parteienverdrossenheit ist die Rede, von wachsender Elitenskepsis und einem schleichenden Legitimationsverlust demokratischer Institutionen. Die Demokratie, so der Politologe Colin Crouch, wird zur Postdemokratie. Das ist die pessimistische Sicht der Dinge.

Doch der sinkenden Bereitschaft, in eine Partei einzutreten oder zur Wahl zu gehen, steht heute eine ganze Reihe alternativer Formen politischer Partizipation entgegen. Die Menschen wollen mitreden. Nur gehen sie dafür nicht zwingend ins Wahllokal, sondern diskutieren auf Zukunftskonferenzen, in Planungszellen oder online in sozialen Netzwerken. Bürgerbeteiligung heißt das Schlagwort. Neue demokratische Spielarten – deliberativ, dialogorientiert, partizipatorisch – helfen dabei, die Kluft zwischen Regierenden und Regierten zu schließen. So die These der Optimisten.

Nun ist es nicht so, dass es in den vergangenen Jahren an groß angelegten Beteiligungsprozessen gemangelt hätte. Doch die gut gemeinten Versuche scheitern oft an zwei Dingen. Erstens: Politische Entscheidungsträger nehmen die Hinweise der Bürger zwar zur Kenntnis. Fassen sie einen Beschluss, messen sie ihnen trotzdem nur wenig Bedeutung bei. Zweitens: Warum eine Anregung berücksichtigt wird oder nicht, erfahren die Beteiligten zu selten.

Beteiligung, derart unverbindlich praktiziert, schafft mehr Probleme, als sie löst. Meint die Bundesregierung es ernst mit dem häufig wiederholten Credo, Bürger stärker in politische Entscheidungen einbinden zu wollen, muss sie partizipative Verfahren institutionalisieren.

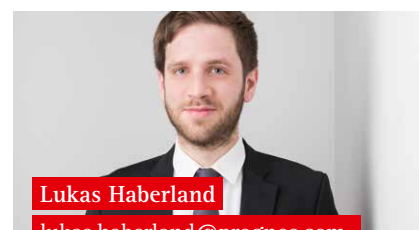
Wie das geht, zeigen die unteren Verwaltungsebenen: Mehr und mehr Gemeinden und Bundesländer verabschieden Leitfäden oder Richtlinien, die festlegen, wann Bürger direkt einbezogen werden sollen. In Baden-Württemberg sitzt sogar eine Staatssekretärin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Kabinett.

Die nächste Bundesregierung muss deswegen noch keinen Beteiligungsminister berufen. Aber sie sollte aufzeigen, wie partizipative Verfahren vom schmückenden Beiwerk zum festen Bestandteil politischer Willensbildung werden können. Eine Möglichkeit: Bei bestimmten Fragestellungen, die ein neues Gesetz vorab klar definiert, wird einer vorgeschalteten Bürgeranhörung künftig ein genauso fester Platz im Gesetzgebungsprozess eingeräumt wie der obligatorischen Verbändeanhörung. Professionalisiert man die Interaktion zwischen repräsentativer und partizipativer Demokratie dergestalt, ist gesichert, dass die Beteiligungsergebnisse mit dem weiteren politischen Prozess vereinbar sind.

Die repräsentative Demokratie wird dadurch nicht schwächer, sie wird vielfältiger. Denn repräsentative und partizipative Demokratie konkurrieren nicht miteinander, sondern ergänzen sich. Und anders als andere Staatsformen kann und muss die Demokratie sich beständig fortentwickeln, um ihr Überleben zu sichern.

Bürger, die den Eindruck haben, in Beteiligungsprozessen etwas verändern zu können, gewinnen auf lange Sicht auch wieder mehr Vertrauen in das demokratische System und seine Institutionen an sich. Außerdem schult Bürgerbeteiligung demokratische Kernkompetenzen: Kompromissfähigkeit, kritisches Denken, eine gesunde Diskussionskultur.

Bürgerbeteiligung als zusätzliche Säule der Demokratie wird unser System nicht zum Einsturz bringen. Sorgt die Politik für tragfähige institutionelle Arrangements, schafft sie sogar zusätzliche Stabilität. Und die Optimisten könnten recht behalten. \_



Lukas Haberland

lukas.haberland@prognos.com

### Impressum

#### – Herausgeber:

Prognos AG  
Unternehmenskommunikation  
St. Alban-Vorstadt 24  
4052 Basel | Schweiz  
Telefon: +41 61 32 73-310  
Fax: +41 61 32 73-300  
E-Mail: info@prognos.com  
www.prognos.com  
twitter.com/prognos\_ag

#### – Hinweise:

Auszug/Nachdruck bei Nennung der Quelle gestattet.  
www.prognos.com/trendletter

#### – Redaktionsleitung:

Felizitas Janzen

#### – Redaktionsteam:

Michael Astor, Christian Böllhoff, Dr. Oliver Ehrentraut, Tina Obwald, Friedrich Seefeldt, Julia Thurau

Kontakt: trendletter@prognos.com

#### – Mitarbeit:

Corina Alt, Holger Bornemann, Christian Engel, Jens Hobohm, Markus Hoch, Tobias Koch, Alexander Labinsky, Klaudia Lehmann, Dr. Stefan Moog, Katrin Richert, Lea Sautier, Nils Thamling, Michael Wasner, Antonia Wentrot, Simon Westphal, Heike Winter-Hamerla.

#### – Konzept, Produktion & Illustrationen:

STÜRMEYER & DRÄNGER – Visuelle Kommunikation

#### – Bildnachweise:

Titelbild und Grafik auf den Seiten 4–7: Stefan Mosebach c/o wildfox-running.com, Seite 3, 7, 16, 17, 19, 20, 23, 24: FOTOS Annette Koroll, Seite 4, 11, 12, 13: Christian Flierl, Seite 4, 8: Shutterstock: dedi57, Alexander Potapov, Marcus Hofmann, Seite 10: Raimond Spekking CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons); picture alliance – Eventpress; Center of Automotive Management; Michael Hudler/Hubert Burda Media; DAI, Seite 14 – 15: FLATICON, Seite 18: innogy, Seite 20: Denys Rudyi – Fotolia.com, Seite 22: Ellen van Bodegom – GettyImages, Seite 23: PRILL Medien-design – Fotolia.com, Seite 27: Oliver Krato, BMUB/Heiko Adrian, Verbändebündnis Wohnungsbau, Maren Strehlau Photography – INSM, vbw, BFW

#### – Druck & Vertrieb:

ARNOLD group – Großbeeren

#### – Auflage:

Print: 10.500 Exemplare, Digital: 13.200 Leser

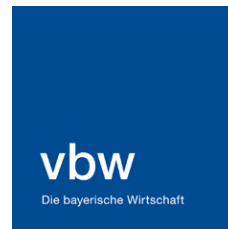


# Blick in unsere Projekte

## Bedeutung der deutschen Wirtschaft für Europa

Die deutsche Importnachfrage gewährleistet EU-weit fast 4,8 Millionen Arbeitsplätze. Das zeigt eine Prognos-Studie für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Für die höchsten Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte sorgt dabei nicht der private Konsum, sondern die Nachfrage der deutschen Industrie nach Vorleistungs- und Investitionsgütern – allein diese sichert 3,4 Millionen Jobs. Die Ergebnisse machen deutlich: Befürchtungen, dass eine wettbewerbsfähige und wachstumsstarke deutsche Industrie die wirtschaftliche Dynamik in anderen Ländern bremsen würde, sind unbegründet. Vielmehr stellt Deutschland eine wichtige Triebfeder für die Volkswirtschaften seiner europäischen Nachbarstaaten dar. [\\_](#)

### Auftraggeber:



### Kontakt:

[johann.weiss@prognos.com](mailto:johann.weiss@prognos.com)

## Flexibilität von Kohlekraftwerken

Stromsysteme, deren Erzeugung bisher vor allem auf Kohlekraftwerken basiert, bieten viel mehr Platz für den Ausbau Erneuerbarer Energien als häufig angenommen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die Prognos zusammen mit dem Beratungsunternehmen Fichtner für die Agora Energiewende erstellt hat. Kohlekraftwerke können demnach ihre Stromproduktion weitaus flexibler an die schwankende Einspeisung von Wind- und Solarkraftwerke anpassen als weithin bekannt. Für Länder, die bisher aus historischen Gründen Strom vorrangig mit Kohle erzeugen, bieten sich so neue Möglichkeiten. Sie können mit entsprechenden Umrüstungen der Kraftwerke ihre Energiesysteme zu relativ geringen Kosten klimafreundlicher machen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit wahren. [\\_](#)

### Auftraggeber:



### Kontakt:

[florian.ess@prognos.com](mailto:florian.ess@prognos.com)

## Geflüchtete Pädagogen können Schulen unterstützen

Geflüchtete Pädagogen unterstützen geflüchtete Schüler im Unterricht: Dieses Konzept könnte bei der Integration Minderjähriger mit Fluchtgeschichte helfen – und Geflüchteten einen Weg in den Arbeitsmarkt eröffnen. Aufgrund ihres Fluchthintergrunds und ihrer interkulturellen Kompetenzen können sie Orientierung für Schüler und Eltern bieten. Für die Bertelsmann Stiftung hat Prognos eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung eines solchen Konzepts erstellt. Die Wirtschaftsforscher schätzten, dass bei einem Betreuungsverhältnis 1:80 rund 3.500 Vollzeitstellen geschaffen werden müssten. Umsetzen können das Programm das Land, der Schulträger, freie Träger oder staatlich-kommunale Institutionen. [\\_](#)

### Auftraggeber:

[| BertelsmannStiftung](#)

### Kontakt:

[claudia.muench@prognos.com](mailto:claudia.muench@prognos.com)

## Gutachten zur Brandenburger Energiestrategie

Brandenburg hat Fortschritte beim Erreichen der Ziele seiner „Energiestrategie 2030“ gemacht. So sanken die CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 1990 um 36 Prozent. Eine signifikante Energieeinsparung ist Brandenburg bisher aber nicht gelungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Prognos AG für das Brandenburger Wirtschaftsministerium. Das Gutachten beschreibt drei mögliche Zukunftsentwicklungen. Der Energieverbrauch wird in allen drei Szenarien zurückgehen. Entscheidend für die künftigen CO<sub>2</sub>-Emissionen ist aber der Umgang mit Braunkohle und das Ausbautempo der Stromerzeugung aus Wind und Sonne. Der notwendige Wandel stellt die betroffenen Regionen, etwa in der Lausitz, vor große Herausforderungen. [\\_](#)

### Auftraggeber:



### Kontakt:

[jens.hobohm@prognos.com](mailto:jens.hobohm@prognos.com)

### Wohnraumbedarf in Deutschland

In Deutschland fehlen derzeit rund eine Million Wohnungen. Der Mangel an Wohnraum beschränkt sich nicht mehr nur auf die bekannten Großstädte. Zunehmend sind auch ländliche Regionen betroffen. Zu diesem Schluss gelangt die aktuelle Prognos-Studie für das Verbändebündnis Wohnungsbau. Rund 90 Prozent der bundesweiten Baulücke entfällt auf 138 Kreise und kreisfreie Städte. Ein Haushalt mit mittlerem Einkommen kann sich im Bundesdurchschnitt nur noch eine 77 Quadratmeter große Mietwohnung leisten. In den beliebtesten Großstädten, etwa Berlin und München, sind es sogar weniger als 60 Quadratmeter. Eine wachsende Lücke zeichnet sich beim sozialen Wohnungsbau sowie im niedrigen und mittleren Preissegment ab. Hier sind Bund, Länder und Kommunen gefordert, zeitnah mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. [\\_](#)

Auftraggeber:

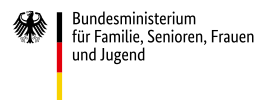
**VERBÄNDEBÜNDNIS  
WOHNUNGSBAU**

Kontakt:  
tobias.koch@prognos.com

### Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder ausbauen

In der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern fehlen rund 560.000 Plätze und ergänzende Angebote. Zu diesem Ergebnis kommt eine Prognos-Studie für das Bundesfamilienministerium. Laut der Analyse gibt es für 44 Prozent der Grundschüler keine Nachmittagsbetreuung. Dabei hat rund ein Viertel dieser Kinder dringenden Bedarf. Auch für zahlreiche Grundschüler, die bereits eine Betreuung in Anspruch nehmen, muss das Angebot erweitert werden, wie Befragungen der Eltern zeigen. Investitionen in einen Ausbau der Ganztagsbetreuung würden sich mehrfach auszahlen, denn Mütter können dann häufiger im gewünschten Umfang arbeiten. Das somit steigende Familieneinkommen senkt das Armutsrisiko und erhöht die öffentlichen Einnahmen. Die Kinder profitieren ebenfalls, da Ganztagsangebote nachweislich die Lernmotivation und das Selbstbild fördern. [\\_](#)

Auftraggeber:



Kontakt:  
andreas.heimer@prognos.com

### Steigende Sozialbeiträge kosten Arbeitsplätze

Steigende Sozialbeiträge belasten den Arbeitsmarkt: Jeder zusätzliche Beitragssatzpunkt könnte bis 2040 rund 90.000 Arbeitsplätze kosten. So lautet das Resultat einer Prognos-Studie im Auftrag der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw). Darin prognostizieren die Wirtschaftsforscher die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in verschiedenen Szenarien. Ein stärkeres Anwachsen der Beitragssätze – etwa infolge einer Stabilisierung des Rentenniveaus – würde die Lohnzusatzkosten steigen lassen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schwächen. Eine stärkere Steuerfinanzierung kann die negativen Effekte steigender Sozialbeiträge dämpfen, aber nicht gänzlich vermeiden. [\\_](#)

Auftraggeber:



Kontakt:  
oliver.ehrentraut@prognos.com

### Innovationsförderung gewinnt in Bundesländern an Bedeutung

Die Alleinstellungsmerkmale und Wettbewerbsvorteile im Bereich Forschung und Innovation der europäischen Regionen herauszuarbeiten – das war eine strategische Vorgabe der EU-Kommission für die Förderperiode 2014–2020 der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Die deutschen Bundesländer haben sich umfassend mit der Erarbeitung ihrer Innovationsstrategien beschäftigt und konnten so die Innovationsförderung noch stärker strategisch verankern. Das hat Prognos im Auftrag des Bundesforschungsministeriums herausgefunden. Laut den Autoren bedarf der Weg zur intelligenten Spezialisierung aber weiterer Anstrengungen. Der Bund sollte daher zukünftig noch stärker auf eine Innovationspolitik setzen, welche die spezifischen Stärken der jeweiligen Region unterstützt. [\\_](#)

Auftraggeber:



Kontakt:  
jan.kramer@prognos.com

# Rückblick in Bildern



Vortrag auf der Zukunftskonferenz des Kreises Paderborn „#kreispb 25“ im Berufskolleg Schloß Neuhaus, Paderborn



Workshop zum Klimaschutzplan, Bundesumweltministerium, Berlin



Interview während des Deutschen Immobilien Kongresses 2017 in Berlin



Parlamentarierfrühstück und Pressekonferenz zum Wohnungsbau, Berlin



Studienpräsentation beim Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft, München



Pressekonferenz zur Rentenpolitik für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Berlin

2017

2018

2019

2020

2021

2022

2023

2024

2025

2026

2027

2028

2029

2030

2031

2032

2033

2034

2035

2036

2037

2038

2039

2040

2041

2042

2043

2044

2045

Wir geben Orientierung.  
[www.prognos.com](http://www.prognos.com)